

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVIII. Jahrgang, Nr. 7

Juli 1955

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Nachhaltige Auswirkungen des Staatsvertrages auf Wirtschaftspolitik und Konjunktur-entwicklung — Preis- und Lohnauftriebstendenzen — Budget 1956 Schlüssel für Stabilisierung der Hochkonjunktur

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrie- und Dienstleistungsproduktion — Umsätze und Verbrauch; Entwicklung der Zahl der gewerblichen Betriebe seit Aufhebung des Untersagungsgesetzes — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Die Frachtbelastung der österreichischen Importe

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Nachhaltige Auswirkungen des Staatsvertrages auf Wirtschaftspolitik und Konjunktur-entwicklung — Preis- und Lohnauftriebstendenzen — Budget 1956 Schlüssel für Stabilisierung der Hochkonjunktur

Mit der Hinterlegung der letzten (französischen) Ratifikationsurkunde in Moskau am 27. Juli 1955 ist der österreichische Staatsvertrag in Kraft getreten. Die Besatzungstruppen beginnen bereits abzuziehen, die USIA- und SMV-Betriebe wurden den österreichischen Stellen übergeben und die Kaufläden der USIA liquidiert. Im September sollen die ersten Warenlieferungen an die Sowjetunion als Ablöse für die ehemals deutschen Vermögenswerte in Ostösterreich abgefertigt werden.

Die Abwicklung des Staatsvertrages wirft zahlreiche, im Augenblick noch nicht ganz übersehbare organisatorische und wirtschaftspolitische Probleme auf. Konjunkturpolitisch sind vor allem die finanziellen Operationen in Verbindung mit der Übernahme der ehemals russisch verwalteten Betriebe bedeutsam. Bei den Übergabeverhandlungen forderte die russische Militärbank, die bisher die USIA-Betriebe mit Betriebsmitteln versorgt hatte, überraschenderweise die Rückzahlung der den Betrieben gewährten Kredite in Höhe von rd. 760 Mill. S. Auf österreichischer Seite war erwartet worden, daß die buchmäßigen Forderungen der sowjetischen Militärbank durch

die vereinbarte Ablösesumme von 150 Mill. \$ bereits abgegolten wären und daher automatisch mit der Vermögensmasse der USIA-Betriebe in österreichischen Besitz übergangen. Da die USIA-Betriebe begreiflicherweise nicht imstande waren, die Kredite der Militärbank sofort durch kommerzielle Kredite österreichischer Institute zu ersetzen, mußte zunächst der Bund einspringen. Er erwarb die für die Weiterführung der Betriebe lebenswichtigen Betriebsmittelkredite um den Preis von 509 Mill. S (davon wurden im Juli bereits 150 Mill. S überwiesen) und übergab sie der österreichischen Kontrollbank zur treuhänderischen Verwaltung. Die vom Bund übernommenen Forderungen sollen jedoch sobald wie möglich durch normale Bankkredite abgelöst werden. Die neuen Leitungen der Betriebe werden — sobald sie ihren Status überblicken — mit den Banken Fühlung nehmen und sich die Betriebsmittelkredite beschaffen, die nötig sind, um die Betriebe weiterzuführen und die ehemaligen Kredite der russischen Militärbank zurückzahlen. In diesem Zusammenhang hat sich der Bund bereit erklärt, die Haftung für 80% der Betriebsmittelkredite bis zu einem Gesamtbetrag von

800 Mill. S zu übernehmen. Die mit Bundesgarantie versehenen Kredite an die USIA-Betriebe werden nicht auf die in den Kreditabkommen zwischen Finanzministerium, Nationalbank und den wichtigsten Kreditinstituten festgelegten Limits angerechnet und können bei der Notenbank refinanziert werden. Die Kreditinstitute sind daher in der Lage, diese Kredite zusätzlich — ohne Kürzung der Kredite an die übrige Wirtschaft — zu gewähren.

Außer der Ablöse für die Betriebsmittelkredite der Militärbank mußten an die Sowjetunion 67 Mill. S für das zentrale Gerätelager der SMV-Betriebe und 20 Mill. S für die wichtigsten Rohstoffe des zentralen Warenlagers der USIA-Betriebe bezahlt werden. Die Sowjetunion erhielt damit für die Übergabe der bisher in ihrer Verwaltung stehenden Betriebe über die im Staatsvertrag vorgesehenen Leistungen hinaus einen Betrag von rd. 600 Mill. S, der hauptsächlich vom Kreditapparat aufgebracht wurde. Da außerdem die sowjetische Militärbank aus ihrer bisherigen Tätigkeit Barmittel besitzt und durch die Liquidierung der USIA-Läden größere Beträge flüssiggemacht wurden, verfügt die Sowjetunion über Schillinggut, haben, die größenordnungsmäßig mit 1 Mrd. S beziffert werden können. Diese Mittel werden früher oder später als kaufkräftige Nachfrage nach heimischen Gütern und Leistungen oder nach Devisen wirksam werden.

Unter diesen Umständen muß die Kredit- und Budgetpolitik künftig doppelt vorsichtig operieren. Die Verlangsamung der Kreditexpansion hielt auch im Juni an. Die Kreditinstitute gewährten 159 Mill. S zusätzliche *kommerzielle Kredite* gegen 284 Mill. S im Juni 1954 und 511 Mill. S im Durchschnitt der ersten vier Monate 1955. Die Banken und Kreditgenossenschaften, vor allem jene, die den Kreditplafond bereits überschritten haben, waren in der Gewährung von Krediten zurückhaltender als die Sparkassen und die Hypothekenanstalten, die vielfach noch alte Kreditzusagen einzulösen hatten. Die Krediterteilungsreserve der Banken und Kreditgenossenschaften, die seit Jahresbeginn ständig zurückgegangen war, stieg daher im Juni um 127 Mill. S auf 283 Mill. S. Gleichzeitig reichten die Banken in größerem Umfange Wechsel bei der Notenbank zum Rediskont ein und konnten dadurch ihre erste Liquidität von 12,5% auf 16,2% erhöhen. Sie lag damit zum ersten Male seit Februar wieder über dem im Kreditabkommen festgelegten Mindestreservesatz von 15%. Die Eindämmung der Kreditexpansion und die Devisenabgaben der Notenbank beeinflussen sichtlich die Entwicklung der Geldmenge. Das zirkulierende *Geldvolumen* stieg im Juni nur

um 289 Mill. S gegen 681 Mill. S im Juni 1954. Insgesamt war die Ausweitung des Geldvolumens im 1. Halbjahr 1955 mit 808 Mill. S oder 3% nur knapp ein Drittel so groß wie im 1. Halbjahr 1954 (2.325 Mill. S oder 10%) und entsprach annähernd der Zunahme der Produktion.

Die Gebarung der öffentlichen Haushalte ist dank der anhaltenden Hochkonjunktur weiterhin bemerkenswert günstig. Die Bruttoeinnahmen des Bundes an *öffentlichen Abgaben* waren im 1. Halbjahr 1955 mit 8.867 Mill. S um 646 Mill. S oder 8% höher als im 1. Halbjahr 1954 und um 453 Mill. S höher als im Voranschlag 1955. Die Mehreinnahmen stammen ausschließlich aus indirekten Steuern. Die Verbrauchssteuern waren um 9%, die Umsatzsteuer um 18%, die Gebühren- und Verkehrssteuern um 19% und die Zölle sogar um 50% ergiebiger als im Vorjahr. Dagegen war der Ertrag an direkten Steuern um 245 Mill. S oder 7% niedriger als im 1. Halbjahr 1954. Das Aufkommen an Lohnsteuer wird durch die Steuersenkung für 1955 und die Einkünfte aus der veranlagten Einkommensteuer durch die Steuerreform von 1954 geschmälert. Die Steuerstruktur hat sich dadurch weiter zugunsten der indirekten Steuern verschoben: ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen erreichte im 1. Halbjahr 1955 62% gegen 56% im Vorjahr.

Dank den hohen Steuererträgen und sonstigen Mehreinnahmen, vor allem der Bundesbetriebe, wird der Bundeshaushalt im Jahre 1955 bedeutend besser abschneiden, als im Voranschlag angenommen wurde, der bekanntlich einen Gesamtabgang von 2,6 Mrd. S auswies. Mit einer aktiven Gesamtgebarung wie im Jahre 1954 ist jedoch kaum zu rechnen, da die Gehaltserhöhung für öffentliche Bedienstete von Mitte 1955 den Bund noch in diesem Jahr mit über einer halben Milliarde Schilling zusätzlich belastet und verschiedene Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag honoriert werden müssen. Erheblich größere Schwierigkeiten als die Ausbalancierung des Budgets 1955 wird die Erstellung des Bundesvoranschlags 1956 bereiten. Während die Steuereinnahmen im Jahre 1956 nur noch verhältnismäßig wenig wachsen werden, müssen auf der Ausgabenseite des Budgets volle Jahresraten der Reparationsleistungen und der Gehaltserhöhungen sowie namhafte Beträge für das Bundesheer so eingebaut werden, daß zumindest keine expansiven Wirkungen auf die ohnehin virulente Konjunktur entstehen.

Das *Preisniveau* zeigt weiterhin eine leicht steigende Tendenz. Nachdem in den vergangenen Monaten vor allem Preise von Rohstoffen und Investitions-

gütern (Kohle, Metalle, Baustoffe und Maschinen) angezogen haben, wurden in jüngster Zeit auch verschiedene Verbrauchsgüter und Dienstleistungen teurer. Auf den Märkten für Vieh und Fleisch sind die Preise gestiegen, da saisonbedingt weniger Vieh auf den Markt kam. Die im Stabilisierungsabkommen festgelegte Obergrenze der Durchschnittspreise für Schweine von S 13'50 je kg Lebendgewicht wurde leicht überschritten. Um den Preisauftrieb einzudämmen, werden gegenwärtig die im Frühjahr angelegten Vorräte auf den Markt gebracht und Schweine aus dem Osten eingeführt. Außer Fleisch wurden in jüngster Zeit u. a. Eier, Öfen, sämtliche Gummiwaren, verschiedene Erzeugnisse aus Holz (Furniere, Sperrholzplatten u. a.), Sodawasser, Zahnpaste, weiters die Leistungen des graphischen Gewerbes und der Spediteure sowie die Eintrittspreise der Kinos teurer. Insgesamt stiegen die Großhandelspreise von Mitte Juni bis Mitte Juli um 0'7% und die Lebenshaltungskosten um 1'3%. Sie waren damit um 1'8% und 1'7% höher als vor einem Jahr. Von größerer Bedeutung ist die bevorstehende Erhöhung des Kokspreises — voraussichtlich um 8 bis 10% — und der Tarife der Wiener Städtischen Verkehrsbetriebe (Straßenbahn, Stadtbahn, Autobus) um durchschnittlich 50%, die nur teilweise durch die Ermäßigung der Grundgebühren für Gas und Strom wettgemacht wird. Die Gemeinde Wien begründet ihre Maßnahme damit, daß die Verkehrsbetriebe ein namhaftes Defizit aufweisen, das durch die Überschüsse der Gas- und E-Werke nicht mehr voll gedeckt wird. Sie erhofft sich von den Tarifkorrekturen einen Nettogewinn von 78 Mill. S (Mehreinnahmen aus den Verkehrsbetrieben von 181 Mill. S und Mindereinnahmen aus den E-Werken und Gaswerken von 88 Mill. S und 15 Mill. S pro Jahr). Dieser Erfolg sei für eine kostendeckende Betriebsführung der Städtischen Unternehmungen erforderlich.

Auch die Lohnbewegung greift weiter um sich. Im Juli wurden die Löhne in der Papierindustrie um 8% und im graphischen Gewerbe um 6 bis 8% erhöht. Gleichzeitig wurden die Gehälter in verschiedenen Industriegruppen nachgezogen.

Da die verfügbaren Produktivkräfte weitgehend ausgelastet sind, nehmen Produktion und Beschäftigung nur noch wenig zu. Der Auftrieb auf dem Arbeitsmarkt war auch im Juli schwächer als saisonbedingt zu erwarten war. Die Wirtschaft nahm nur 14.200 Arbeitskräfte auf — im Vorjahr waren es 22.400 — und beschäftigte Ende Juli 2,129.700 unselbständig Erwerbstätige. Gleichzeitig sank die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 5.000 — im Vorjahr um 10.700 — auf 71.600. Vor allem in den

konjunkturbegünstigten Branchen nahm die Arbeitslosigkeit nur wenig ab. Die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Bauarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter sank im Juli zusammen nur noch um 1.100, um 4.200 weniger als im Vorjahr. In den übrigen Branchen hat sich der Arbeitsmarkt im allgemeinen saisongemäß oder sogar stärker entspannt. (Die Zahl der arbeitslosen Bekleidungsarbeiter ist entgegen den Saison Erwartungen bereits im Juli zurückgegangen.) Kennzeichnend für die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiters die unterschiedliche Entwicklung in der Männer- und Frauenarbeitslosigkeit. Bei den Männern ist die Rate der Arbeitslosigkeit mit 1'8% bereits sehr niedrig. Dementsprechend ging die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden im Juli nur noch um 1.600 zurück, um 6.400 weniger als im Vorjahr. Dagegen sank die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden im Juli um 3.400 und damit stärker als in irgend einem Jahre seit Kriegsende. Das Angebot an weiblichen Arbeitskräften ist noch verhältnismäßig elastisch — die Rate der Arbeitslosigkeit beträgt noch 6'0% —, der Mangel an männlichen Arbeitskräften begünstigt die Beschäftigung von Frauen. Die ersten Auswirkungen des Staatsvertrages auf den Arbeitsmarkt werden sich voraussichtlich im August zeigen. Das von den Besatzungsmächten entlassene österreichische Personal wird dank der guten Konjunktur großteils rasch wieder Arbeitsplätze finden. Obwohl verschiedene Vorkehrungen getroffen wurden, um die Beschäftigung in den übernommenen USIA- und SMV-Betrieben sicherzustellen, ist doch zumindest vorübergehend in bestimmten Berufen und Gebieten mit einer zusätzlichen friktionellen Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Industrieproduktion je Arbeitstag stieg im Mai um 7'5% auf 231 (1937=100). Im Gegensatz zu den beiden Vormonaten war die Produktionsausweitung etwas — um 1'6% — stärker, als saisongemäß zu erwarten war. Besonders die Baustoffindustrie und die Nahrungsmittelindustrie, in geringem Umfang aber auch die Metallhütten- und die Papierindustrie konnten ihre Erzeugung ausweiten. Trotzdem wird der Konjunkturaufschwung der Industrie merklich langsamer. Der saisonbereinigte Produktionsindex war im Mai nur um 3% höher als im Dezember letzten Jahres. Das entspricht einer jährlichen Produktionsausweitung von nur 7%, gegen 14% im Jahre 1954. Vor allem die eisenverarbeitende Industrie, die im Vorjahr zu den am stärksten expandierenden Zweigen zählte, kann ihre Produktion vorläufig nur noch wenig ausweiten. Der Fahrzeugbau und die Maschinenindustrie produzierten im Durchschnitt des I. Quartals 1955 noch um 57% und 29% mehr als

im Vorjahre, im Mai aber nur um 36% und 10% mehr.

Einer der Hauptgründe, warum die Produktion in der eisenverarbeitenden Industrie nur noch langsam zunimmt, ist der empfindliche *Mangel an Walzware*. Die heimische Wirtschaft bestellt seit Anfang 1955 Monat für Monat mehr als doppelt soviel Walzware als die eisenschaffende Industrie auszuliefern imstande ist. (In der Montan-Union sind die Auftragseingänge seit Jahresbeginn nur um 10% höher als der Versand von Walzware.) Die Auftragsbestände stiegen daher sprunghaft von 191.000 t zu Jahresbeginn auf 413.000 t Ende Juni und erreichten damit die Höhe einer durchschnittlichen Jahreslieferung. Für einzelne knappe Sorten betragen die Lieferfristen 18 Monate und länger. Die Spannungen auf dem Eisen- und Stahlmarkt werden künftig noch dadurch verschärft werden, daß die heimische eisenschaffende Industrie auch den Bedarf der übernommenen USIA-Betriebe von rd. 70.000 t jährlich decken muß, die bisher etwa zur Hälfte mit osteuropäischer Walzware versorgt wurden. Die Eisenindustrie bemüht sich zwar, ihre Kapazität zu vergrößern. Die kostspieligen Investitionen brauchen jedoch Zeit und können nur auf längere Sicht die Marktlage entspannen. Auch Importe sind nur in beschränktem Umfang möglich, da ausländische Ware viel teurer ist und meist auch nicht kurzfristig geliefert werden kann. Die österreichischen Preise einzelner Sorten für den indirekten Export sind gegenwärtig fast um die Hälfte niedriger als in Ländern der Montan-Union.

Der *Einzelhandel* verkaufte im Juni saisongemäß um 4% weniger als im Mai. Die Mengenumsätze waren um 7% höher als im Jahre 1954, obwohl im Vorjahre Pfingsten in den Juni fiel. (Im Durchschnitt der Monate Mai und Juni wurden mengenmäßig um 10% mehr verkauft als im Jahre 1954.) Der gute Geschäftsgang des Einzelhandels ist um so bemerkenswerter, als die USIA-Läden ihre Vorräte zu teilweise stark reduzierten Preisen abstießen. Insbesondere Teppiche, Photoapparate und andere langlebige Konsumgüter wurden in größeren Mengen auf den Markt geworfen. Viele Konsumenten und Händler scheinen, offenbar durch die niedrigen Preise verlockt, ihren künftigen Bedarf vorweggenommen zu haben. Im Vergleich zu Mai sanken im Juni infolge der ungünstigen Witterung am stärksten — um 18% und 22% — die Umsätze von Textilien und Schuhen. Auch Lebensmittel wurden weniger gekauft als im Vormonat. Dagegen war die Nachfrage nach Möbeln und Wohnbedarf ebenso wie im Mai übersaisonmäßig lebhaft. Die Umsätze von Möbeln, Teppichen

und Gardinen stiegen um 5% und die von Hausrat, Glas und Porzellan um 6%. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Institutes haben die meisten Branchen im Juni ihre Bestellungen eingeschränkt und ihre Lager abgebaut. Nur dem Handel mit Textilien und Schuhen blieben vielfach größere Posten Sommerware, die erst im Rahmen von Saisonschlußverkäufen im August abgestoßen werden.

Nach dem Rückgang im April und Mai ist das Defizit in der *Handelsbilanz* im Juni wieder auf 322 Mill. S gestiegen, war aber noch immer niedriger als im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1955 (417 Mill. S). Die Verschlechterung der Handelsbilanz war ausschließlich eine Folge höherer Importe. Die *Gesamteinfuhr* stieg im Juni um 81 Mill. S auf 1.841 Mill. S, das Einfuhrvolumen erreichte 162% von 1937. In allen wichtigen Hauptgruppen, vor allem aber in der Gruppe der halbfertigen Waren (Chemikalien, Textilien, Kupfer) wurde mehr eingeführt als im Vormonat. Ein bemerkenswert hoher Teil der Importe — 146 Mill. S oder 8% der Gesamteinfuhr — kam aus den Vereinigten Staaten, obwohl die ERP-Hilfe nahezu völlig versiegt ist (im Juni wurden nur noch Maschinen im Werte von 450.000 S geliefert). Die österreichische Wirtschaft ist offenbar nach wie vor in erheblichem Umfang auf Importe aus dem Dollargebiet angewiesen, die nicht oder nur zu höheren Kosten aus anderen Währungsgebieten bezogen werden können. Auch die Möglichkeit, amerikanische Überschußgüter (Kohle, Mais, Tabak und Baumwolle) gegen Schilling zu erwerben, begünstigt die Einfuhr aus den USA. Gleichzeitig mit der Einfuhr, aber etwas schwächer, ist die *Ausfuhr* gestiegen. Sie war mit 1.519 Mill. S um 46 Mill. S höher als im Mai und blieb nur um ein halbes Prozent unter dem bisherigen Höchststand vom Dezember 1954. Am stärksten — um 26 Mill. S — stieg die Ausfuhr von Rohstoffen (vor allem von Zellulose und Holz). Dagegen sank der Fertigwarenexport um 17 Mill. S und erreichte relativ mit 40% der Gesamtausfuhr den niedrigsten Stand seit August 1954. Der Außenhandel mit Fertigwaren war im Juni mit 80 Mill. S passiv.

Obwohl der Einfuhrüberschuß im Juni etwas höher war als im Mai, ging das Defizit in der *Devisenbilanz* zurück. Die Notenbank gab per Saldo nur 14 Mill. S Devisen ab, gegen 161 Mill. S im Mai, das monatliche Defizit in der EZU verminderte sich von 11,8 Mill. \$ auf 9,1 Mill. \$. Diese Entwicklung war vor allem dem saisonbedingt lebhaften Ausländer-Fremdenverkehr zu danken. Die Deviseneingänge aus dem Fremdenverkehr stiegen sprunghaft von 100 Mill. S (Mai) auf 265 Mill. S (Juni) und lagen

damit wieder um 4% über dem Vorjahresstand. (Die Zahl der Ausländer-Übernachtungen war allerdings um 24% höher.) Im Juli dagegen war die Devisenbilanz, vor allem gegenüber den EZU-Ländern, hoch aktiv. Die Nettobestände der Notenbank an Gold und Devisen stiegen um 410 Mill. S, d. i. nur um 150 Mill. S weniger als im Vorjahre, auf 8,9 Mrd. S. Der Überschuß in der EZU war mit 9,6 Mill. \$ sogar um 2 Mill. \$ höher als im Jahre 1954.

Die Handels- und Zahlungsbilanz wird gegenwärtig von verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen beeinflusst. Im Juli wurde die Liberalisierung gegenüber den OEEC-Staaten um 1,4% (auf 83,5%) erweitert und mit der Dollarliberalisierung begonnen. Die genehmigungsfreie Einfuhr von Dollarwaren wurde zunächst allerdings im Hinblick auf die angespannte Handels- und Zahlungsbilanz auf 7,7% der im Jahre 1953 aus dem Dollarraum importierten Waren beschränkt. (Dem gegenüber erreicht die Dollarliberalisierung in der Schweiz bereits 98%, in den Benelux-Ländern 87%, in Westdeutschland 68% und in Großbritannien 56%.) Weiters wird die Dollarbilanz durch den ab August geltenden Abrechnungsmodus in der EZU belastet werden, der Österreich verpflichtet, Defizite künftig zu 75% (bisher zu 50%) in Gold oder Dollar zu bezahlen. (Sobald der saisonbedingte Devisenzustrom aus dem Ausländer-Fremdenverkehr nachläßt, ist wieder mit größeren Defiziten zu rechnen.) Andererseits geben die neuen GATT-Vereinbarungen Österreich die Möglichkeit, im Verhandlungsweg Zollkorrekturen zu erreichen und auf diese Weise die Nachfrage nach Importgütern zu drosseln. Auch die jüngsten konjunkturdämpfenden Maßnahmen, die nicht zuletzt im Hinblick auf die defizitäre Handels- und Zahlungsbilanz getroffen wurden, werden ihre Wirkung auf den Außenhandel nicht verfehlen.

Vor allem aber werden die Ergebnisse der Moskauer Wirtschaftsverhandlungen zumindest den

statistisch erfaßten Außenhandel merklich verändern. Im September beginnen die Reparationsleistungen für die ehemaligen USIA-Betriebe in Höhe von 650 Mill. S jährlich und die Lieferungen von 1 Million t Erdöl jährlich im Werte von über 1/2 Mrd. S als Ablöse für die SMV-Betriebe. Dazu werden kommerzielle Exporte an die Sowjet-Union bis maximal 650 Mill. S jährlich auf Grund des zunächst auf fünf Jahre vorgesehenen Handels- und Zahlungsabkommens kommen. Insgesamt könnte daher der Rußlandexport, selbst wenn die eingangs erwähnten Schillingguthaben der Sowjet-Union (annähernd 1 Mrd. S) nicht gütermäßig transferiert werden, im nächsten Jahr etwa 1,8 Mrd. S oder 11% des gegenwärtigen Exportvolumens erreichen. Ob dieser durch die Moskauer Verhandlungen abgesteckte Austauschrahmen auch tatsächlich erfüllt wird, läßt sich gegenwärtig allerdings noch nicht beurteilen. Zwar wurde bei der Ausarbeitung der Warenlisten sowohl für Reparationslieferungen als auch für den kommerziellen Export grundsätzlich auf das Produktionsprogramm und die Lieferfähigkeit der bisher unter russischer Verwaltung stehenden Betriebe Bedacht genommen. Die entscheidenden Verhandlungen über die Spezifikation der Warenlisten und die Verrechnungspreise stehen jedoch noch aus. Berücksichtigt man, daß die österreichische Industrie dank der anhaltend guten Binnenkonjunktur und den günstigen Absatzchancen auf dem Weltmarkt nur verhältnismäßig wenig Produkte prompt liefern kann und vielfach Schwierigkeiten haben wird, zu den von der Sowjet-Union geforderten Preisen zu liefern — eine Subventionierung durch den Bund kommt aus verschiedenen Gründen nicht in Frage —, so ist es durchaus möglich, daß Österreich in gewissem Umfange von der im Abkommen über die Warenlieferungen vorgesehenen Möglichkeit der Zahlung in Dollars Gebrauch machen wird.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Die kommerziellen *Kredite* nahmen im Juni saisongemäß stärker zu (159 Mill. S) als im Vormonat (85 Mill. S), aber um weniger als im Vorjahr (284 Mill. S). Während bei den Sparkassen und Hypothekenanstalten, die größere Kreditzusagen gegeben haben, 188 Mill. S und 65 Mill. S Kredite zusätzlich in Anspruch genommen wurden, schränkten die Kreditgenossenschaften ihre Kredite um 113 Mill. S ein. Die Aktienbanken und Bankiers erhöhten ihre Kredite (ausschließlich Exportkredite) nur um 20 Mill. S. Die kreditpolitischen Maßnahmen der letzten Zeit werden sich auf die Finanzierung des Exportes weniger stark auswirken als auf die des Importes. Bei der Berechnung des Kreditplafonds werden nämlich die Exportkredite überhaupt nicht, beim Rediskontrahen der Nationalbank nur zur Hälfte eingerechnet und die Zinsen der Exportfondskredite (6½%) wurden nicht erhöht. Die Importfinanzierung dagegen wird durch die Zinserhöhung und die qualitative Kreditlenkung der Lagerhaltungs- und Teilzahlungskredite erschwert.

Aus diesen Gründen scheint die Verlangsamung der Kreditexpansion vor allem im Außenhandel fühlbar zu werden. Wenn auch der Fremdenverkehr im Juli höhere *Deviseneinnahmen* als erwartet gebracht hat, ist wahrscheinlich doch auch ein Teil des hohen Devisenüberschusses im Juli von 410 Mill. S (gegenüber einem Defizit von 14 Mill. S im Juni) durch die Verringerung des Importes oder durch kurzfristige Verschiebung in den Zahlungsbedingungen im Außenhandel infolge der kreditpolitischen Maßnahmen zustande gekommen. Die Erhöhung des Nettobestandes an Gold und Devisen der Nationalbank um 410 Mill. S war nur mehr um 150 Mill. S geringer als im Juli des Vorjahres. Der monatliche Rechnungsüberschuß mit der EZU war mit 9·6 Mill. \$ sogar um 2 Mill. \$ höher als im Vorjahr.

Da ab Mitte Juli gewisse Importe aus dem Dollarraum liberalisiert sind, könnte sich der Umfang der Einfuhren von Dollarwaren gegen Bezahlung in EZU-Währungen („switch-Geschäfte“) verringern und die Zahlungsbilanz mit der EZU weiter verbessern, mit dem Dollarraum aber verschlechtern. Der Anreiz zu „switch-Geschäften“ ist jedoch auch dadurch geringer geworden, daß die neuen Vereinbarungen über die Verlängerung der EZU ab 1. August eine Gold- (bzw. Dollar-) Zahlung von 75% vorsehen (gegenüber von 50% bisher), so daß die Ersparnis an harten Devisen durch „switch-Geschäfte“ geringer geworden ist. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Goldzahlungen wurden die Quoten verdoppelt,

um jedem Land den gleichen Kreditbetrag wie vor der Neuregelung zu erhalten. Österreichs Quote beträgt daher jetzt 168 Mill. \$.

Auf *Sparkonten* wurden im Juni nach vorläufigen Zahlen 166 Mill. S netto eingelegt. Die Nettoeinlagen von Ende Mai wurden nach oben berichtigt: es wurden nur 138 Mill. S, d. s. um 1% weniger, eingelegt als im Mai 1954.

Die *Counterpartgebarung* wirkte im Juni noch mit 32 Mill. S expansiv, im Juli mit 16 Mill. S restriktiv. Die Zinssätze für neu zu vergebende ERP-Kredite wurden erhöht, um eine marktkonformere Lenkung der Investitionen zu erreichen. ERP-Großkredite kosten jetzt einschließlich von ½% Wechselstempel 5½% statt bisher 4¾%. Da die Bankkredite seit der letzten Bankratenerhöhung um 1% teurer wurden, ist die Spanne zwischen dem Zinssatz für Bankkredite und dem für ERP-Kredite noch immer größer als vor der Bankratenerhöhung. Die Gewerkekredite, die früher ebensoviel wie Großkredite kosteten, werden nur um ½% teurer. Ihr Höchstbetrag wurde von 200.000 S auf 300.000 S erhöht. Die Kredite für die ehemaligen USIA-Unternehmungen, für die 222 Mill. S aus der diesjährigen Freigabe vorgesehen sind, sollen noch nach den alten Sätzen verzinst werden. Die Kredite der Sonderfonds wurden um ¾ bis 2½% teurer. Die Provisionen der Nationalbank und der Banken für ERP-Kredite, die bisher 1% und ¾% betrugen, wurden für den Großteil der Kredite auf je ½% gesenkt.

Außer den bereits genannten Faktoren wirkten sich im Juni noch andere (zum größten Teil in den veröffentlichten Statistiken nicht erfaßte) mit 327 Mill. S expansiv aus. Das gesamte *Geldvolumen* nahm daher um 289 Mill. S zu (gegenüber 681 Mill. S im Vorjahr). Auch die Halbjahresziffern zeigen deutlich die verlangsamte Zunahme der Umlaufmittel. War die Geldmenge im 1. Halbjahr 1954 noch um 2.325 Mill. S oder 10% gewachsen, so nahm sie in diesem Jahr nur noch um 808 Mill. S oder 3% zu.

Zunahme der Geldmenge im 1. Halbjahr 1954 und 1955

	Mill. S	1954	%	Mill. S	1955	%
Noten und Münzen	+396		+ 3·9	+279		+ 2·3
Scheckeinlagen	+2.015		+16·7	+668		+ 4·2
Sonstiges Giralgeld ¹⁾	— 86		—10·6	—139		—14·3
Insgesamt	+2.325		+10·0	+808		+ 2·8

¹⁾ Freie Giroguthaben öffentlicher Stellen und ausländischer Kreditinstitute.

Während sich seit Anfang 1953 das Giralgeld rascher ausweitete als das Bargeld, wachsen seit Februar beide Teile des Geldvolumens etwa gleich stark. Im 1. Halbjahr 1954 entfielen 17% des Zu-

wachsen auf Bargeld, in diesem Jahr aber 35%. Zum Teil ist die Liquidität der Unternehmungen nicht mehr so rasch gestiegen, zum Teil dürften sich die Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte verringert haben. Auch im Juni ging die Zunahme der Geldmenge fast ausschließlich auf den höheren Umlauf an Noten und Münzen (339 Mill. S) zurück, der Scheckeinlagenstand nahm nur um 2 Mill. S zu.

Während im Juni die Institute den Bargeldabfluß noch durch Eskontierung von 409 Mill. S Handelswechseln finanzieren mußten, führte ihnen im Juli die aktive Zahlungsbilanz wieder genügend flüssige Mittel zu. Sie konnten daher 42 Mill. S Handelswechsel und Schatzscheine rückerlösen und ihre Giro Guthaben um 33 Mill. S erhöhen, allerdings mußten sie auch auf Lombarddarlehen der Notenbank von 100 Mill. S zurückgreifen. Während bisher die Möglichkeiten zu weiteren Kreditgewährungen bei den einzelnen Institutsgruppen und zum Teil auch innerhalb der Institutsgruppen sehr unterschiedlich war, beginnen sich diese Unterschiede jetzt auszugleichen, weil diejenigen Institute, die den Kreditplafond überschritten hatten, ihre Kreditausweitung verlangsamten. Im Juni sind deshalb die Überschreitungen des Kreditplafonds der Banken und Kreditgenossenschaften durch einzelne Institute um 157 Mill. S zurückgegangen, während die Unterschreitungen um 30 Mill. S abnahmen. Die Nettounterschreitung hat um 127 Mill. S auf 283 Mill. S zugenommen.

Die erste Liquidität der dem *Bankenabkommen* unterliegenden Institute war Ende Juni mit 16,2% wieder höher als der vorgeschriebene Satz von 15%. Die Erhöhung kam neben der Mittelbeschaffung durch Wechselrediskont durch eine veränderte Aufteilung der Schatzscheine auf die verschiedenen Institute zustande. Bisher hatten einzelne Institute weniger Schatzscheine gehalten, als sie in die liquiden Mittel ersten Grades einrechnen konnten und andere mehr. Da die Institute schon im April und Mai 429 Mill. S Schatzscheine an andere liquidere Institute (entweder die Postsparkasse oder die Sparkassen) verkauft hatten, besaßen sie Ende Juni zusammen um 86 Mill. S weniger Schatzscheine als sie in die erste Liquidität einrechnen könnten. Zwar haben einzelne Institute, die dem Bankenabkommen unterliegen, noch immer Überschußreserven an Schatzscheinen, deren Eskont die Nationalbank nicht zurückweisen kann; diese Refinanzierung ist aber nur noch in engen Grenzen möglich.

Die Auflösung der russischen Militärbank und die Finanzierung der USIA-Unternehmungen wird zu einer Vermehrung der Umlaufmittel führen. Der

Bund hat von der russischen Militärbank rund 760 Mill. S Betriebsmittelkredite an die USIA-Unternehmungen gegen eine Abschlagszahlung von 509 Mill. S erworben. Er wird sich die Mittel dazu von den Kreditinstituten beschaffen. Wenn eine Übersicht über die finanzielle Lage der Unternehmungen vorhanden ist, werden die Banken, gedeckt durch die 80% Bundesgarantie, den USIA-Unternehmungen Kredite gewähren, so daß diese ihre Schulden an den Bund abtragen können.

Dadurch wird rund die Hälfte der Bundesgarantie für 800 Mill. S Betriebsmittelkredite in Anspruch genommen. Wird die Garantie voll ausgenutzt, dann kann das Kreditvolumen insgesamt um 1 Mrd. S ausgedehnt werden. Da die Kredite an die USIA-Unternehmungen von den Kreditrestriktionsbestimmungen ausgenommen werden dürften, wird die Geldmenge durch diese Transaktionen annähernd im Ausmaß der zusätzlichen Kredite zunehmen.

Soweit ehemalige USIA-Unternehmungen Einlagen bei einer Zentralstelle hatten, ist die Zunahme nicht echt, da diese Einlagen auch bisher bestanden haben und nur nicht von der österreichischen Statistik erfaßt wurden. Aber auch die echte Zunahme der Geldmenge wirkt, wenn sie die Militärbank für Käufe im Inland verwendet, vielleicht nicht voll auf die Nachfrage, weil sich die Kassenhaltung der ehemaligen USIA-Unternehmungen erhöht. Ihr Bedarf an flüssigen Mitteln wird durch die Dezentralisierung und die freiere Dispositionsmöglichkeit zunehmen.

Am Aktienmarkt sind die Kurse von Mitte Juni bis Mitte Juli um 7% gestiegen. Neben der optimistischen Beurteilung der Konjunktur wirkte sich die außenpolitische Entspannung aus. In den letzten Monaten führte auch der bevorstehende Umtausch von Aktien verstaatlichter Unternehmungen in Obligationen zu einem Kursanstieg, weil sich der Markt dadurch weiter verengte und außerdem ein Verkauf dieser Obligationen und Neuanschaffung von Aktien erwartet wird. Schließlich treten durch Verlagerung der Nachfrage vom Rentenmarkt, dessen Kursentwicklung durch die Bankratenerhöhung beeinträchtigt wurde, auf den Aktienmarkt zusätzliche Impulse auf. Diese Entwicklung kommt auch in den Umsätzen zum Ausdruck, die im Juli bei den Aktien um 28% höher, bei den festverzinslichen Werten aber um 17% niedriger waren als im Juni.

Der Kursindex festverzinslicher Werte ist wegen der Kursverluste der 4%igen Pfandbriefe und Kommunalobligationen von Mitte Juni bis Mitte Juli um 1,7% gefallen. Seitdem traten keine größeren Kursrückgänge mehr auf.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Die Hochkonjunktur der österreichischen Wirtschaft fördert Preis- und Lohnerhöhungen. Nachdem in den vergangenen Monaten vor allem die Preise von Investitionsgütern gestiegen waren (Baustoffe, Metalle, Maschinen), werden nunmehr zunehmend Preise von Verbrauchsgütern und Dienstleistungen erhöht. Insbesondere in Wirtschaftszweigen mit monopolartigem Charakter verstärkt sich der Preisauftrieb. Auch die Löhne und Gehälter sind weiter in Bewegung.

Die *Weltmarktpreise* entwickeln sich trotz ausgezeichneter internationaler Konjunktur uneinheitlich. Während infolge großer Produktions- und Lagerüberschüsse die Preise der Nahrungs- und Genussmittel sowie der Textilrohstoffe stabil blieben oder sogar leicht sanken, sind die Preise für Nichteisenermetalle, Kautschuk, aber auch für Stahl und Kohle weiter gestiegen.

Auf dem *Inlandsmarkt* herrscht weiterhin Preisauftrieb vor, er geht teils von der Binnenwirtschaft aus, teils von ausländischen Märkten. Die Industrie wird vor allem durch die Preiserhöhung für Importkohle belastet. Auch die inländischen Holzpreise, die sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres etwas entspannt hatten, ziehen nach Lockerung der Exportrestriktionen wieder leicht an. Von den Exportmärkten für Holz dürften jedoch keine nennenswerten Auftriebskräfte mehr ausgehen, da sich die Holzpreise im Ausland im allgemeinen stabilisiert haben. Von den Erhöhungen der jüngsten inländischen Holzpreise blieb nur Schleifholz ausgenommen, da die Papierindustrie gegenwärtig hohe Vorräte besitzt und große Mengen an Windwurfholz den Preis drücken.

Auf den Viehmärkten sind die Preise in den letzten Wochen gleichfalls gestiegen. Es haben daher auch die Kleinhandelspreise für Fleisch und Fleischwaren angezogen. Die Ursache liegt teils in dem saisonbedingten Rückgang der Viehauftriebe, teils in den Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Schweinemarkte. In den Monaten April und Mai wurden, um einen Preissturz zu verhindern, in Wien 10.750 Schweine durch Interventionskäufe aus dem Markt genommen und überdies wieder Schweine exportiert. Durch diese Maßnahmen ist die im Stabilisierungsabkommen festgesetzte Höchstgrenze des Durchschnittspreises von S 13'50 je kg Lebendgewicht leicht überschritten worden. Es werden daher gegenwärtig die im Frühjahr in den Kühlhallen angelegten Vorräte auf den Markt gebracht und seit Anfang August überdies Schweine aus dem Osten und Südosten ein-

geführt. Da die Preise der Importschweine derzeit um mehr als 10% niedriger liegen als im vorigen Herbst, darf erwartet werden, daß sich die Einfuhr diesmal schneller auf die Inlandspreise auswirken wird als damals. Die Lage auf dem Rindermarkt ist weiterhin angespannt. Es wird nunmehr ein ähnliches Stabilisierungsabkommen angestrebt, wie es im Frühjahr für Schweine vereinbart wurde. Außer Fleisch haben sich auch verschiedene andere Nahrungsmittel, vor allem Eier, in letzter Zeit verteuert. Zur Verhinderung von Preissteigerungen bei Wildpret werden von der Handelskammer weitere Maßnahmen zur Drosselung des Exportes vorgeschlagen.

In jüngster Zeit wurden überdies folgende Waren und Dienstleistungen verteuert: Der Preis für Blockeis stieg in Wien um 25 %; Sodawasser wurde um 20 bis 25 % teurer, da der Preis für Kohlensäure gestiegen ist. Auch Zahnpasta wurde verschiedentlich teurer. Die Wiener Kinos erhöhten ihre Eintrittspreise ab 5. August um 50 Groschen; von dem Mehrerlös sollen 30 Groschen je Eintrittskarte einem Investitionsfonds zugeführt werden.

Auf Grund der Lohnerhöhungen im graphischen Gewerbe wurden ab 1. August die Druckkosten um 5% (Buchdruck) bzw. 6% (Flachdruck) erhöht.

Eine Anzahl von Preiserhöhungen, die für die Lebenshaltungskosten etwas stärker ins Gewicht fallen werden, stehen unmittelbar bevor. Im September wird vermutlich der Kokspreis um 8 bis 10% erhöht werden, da Ruhrkohle teurer wurde und überdies in größerem Ausmaße teure amerikanische Kohle zur Bedarfsdeckung herangezogen werden muß. Weiters werden ab 1. September die Tarife der Wiener Städtischen Verkehrsbetriebe erhöht, nachdem bereits vor einigen Monaten die entsprechenden Tarife in anderen österreichischen Städten gehoben worden waren.

Wieweit die bevorstehenden Tarifkorrekturen kostenmäßig begründet sind, kann mangels ausreichender statistischer Unterlagen — die Bilanzen der städtischen Unternehmungen werden nicht laufend veröffentlicht — nicht beurteilt werden. Nach Angaben der Gemeinde Wien arbeiten die Verkehrsbetriebe mit einem seit Jahren wachsenden Defizit, das für 1955 bereits mit 208 Mill. S veranschlagt wurde. Laut Voranschlag sollte dieser Abgang wie in den vergangenen Jahren aus den Überschüssen der Städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke gedeckt werden. Da jedoch die städtischen Unternehmungen in letzter Zeit weitere Kostensteigerungen auf sich nehmen mußten, ergab sich nach offiziellen Angaben ein Gesamtdefizit von jährlich 80 Mill. S. Die Verkehrsbetriebe sollen nun die bei ihnen entstandene Gebahrungslücke weitgehend durch Tarifierhöhungen

decken, während die Elektrizitäts- und Gaswerke ihre Überschüsse durch Aufhebung bzw. Ermäßigung der fixen Grundpreise kürzen. Da man aus den Tarifierhöhungen Mehreinnahmen in Höhe von jährlich 181 Mill. S (Verkehrsbetriebe) erwartet und aus den Tarifsenkungen Mindereinnahmen von 88 Mill. S (E-Werke) und 15 Mill. S (Gaswerke), ergibt sich im Gesamteffekt eine Mehreinnahme der Stadtwerke in Höhe von jährlich 78 Mill. S.

Die Änderungen der städtischen Tarife erhöhen zwar den Lebenshaltungskostenindex in Wien im Nettoeffekt nur um $\frac{1}{2}\%$. Die Belastung wird jedoch individuell sehr verschieden sein.

Der Preis des Tagesfahrscheines wird ab 1. September von S 1'30 auf S 1'90 erhöht, Kinderfahrscheine verteuern sich von S 0'30 auf S 0'50, Wochenkarten von S 7'30 auf S 11'40. Diese Verteuerungen werden durch verschiedene Neueinführungen (Fünftageskarten, Lehrlings-Wochenkarten) etwas gemildert. Die verschiedenen Zonen der städtischen Autobusse werden zum Teil noch stärker verteuert. Im Durchschnitt beträgt die Tarifierhöhung 45 bis 50%.

Hingegen werden die Grundgebühren der Gaswerke völlig gestrichen, die der E-Werke teils aufgelassen, teils ermäßigt. Die Grundgebühr der Wiener Gaswerke ist gegenwärtig nach der Ausrüstung der Haushalte mit Gasgeräten gestaffelt und liegt zwischen S 1'20 und S 3'60 je Monat. In den meisten Fällen beträgt sie S 1'80. Durch die Streichung der Grundgebühr wird der Gaspreis im Durchschnitt um etwa 50% ermäßigt.

Von größerer Bedeutung ist die Neuregelung der Stromtarife. Hier ist die Grundgebühr derzeit nach Wohnungsgröße gestaffelt und beträgt nach dem gebräuchlichsten Tarif H 50 mit 1 bis 2 Tarifräumen S 9'— je Monat, sie erhöht sich bei jedem weiteren Taritraum um S 6'50. Ab 1. September wird die Grundgebühr von S 9'— vollständig aufgelassen, für größere Haushalte wird sie entsprechend ermäßigt.

Da der Arbeitspreis lediglich 50 Groschen je kWh beträgt, sinkt bei einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 200 kWh im Jahr der Preis je kWh von derzeit S 1'04 auf S 0'50. Damit liegt er nunmehr etwa gleich hoch wie im Jahre 1937. Damals betrug bei niedrigen Grundpreisen der Kleinabnehmertarif für Licht 70 Groschen je kWh, für Kraft 27'4 Groschen je kWh, woraus sich nach Schätzungen der Wiener Stadtwerke für den Haushalt ein Durchschnittspreis von 50 Groschen je kWh ergab. Berücksichtigt man für das Jahr 1937 nur den Lichtstrom, so wird ab 1. September 1955 der Stromtarif für Kleinwohnungen sogar beträchtlich niedriger liegen als damals. Auch bei Großwohnungen ist die Steigerung gegenüber 1937, insbesondere unter Annahme eines hohen Stromverbrauches, relativ gering: Bei Wohnungen mit 5 Tarifräumen wird der Tarif bei einem Verbrauch von 200 kWh pro Jahr etwa das 3'5fache, bei einem Verbrauch von 500 kWh pro Jahr etwa das Doppelte von 1937 betragen.

Vergleiche mit der Vorkriegszeit sind jedoch infolge der geänderten Tarifsysteme und der geänderten Kosten-

struktur (Verwendung von Erdgas, etc.) nur schwer durchführbar. Gegenüber der ersten Nachkriegszeit (1945 bis 1947) wird der Straßenbahntarif für einen Tagesfahrschein das 7'6fache betragen; der Gastarif wird sich auf knapp das 6fache, der Stromtarif in den meisten Fällen auf knapp das 3fache gegenüber jener Zeit stellen. Bei großen Wohnungen wird die Steigerung infolge der teilweise verbleibenden Grundgebühr für Strom höher sein.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* stieg von Mitte Juni bis Mitte Juli um 0'7%. Außer Preiserhöhungen für Fleisch (3 bis 4%) stieg der Kartoffelpreis infolge Umstellung auf die neue Ernte um 19%, während Wein um nahezu 18% billiger wurde. Bei den Industriestoffen erhöhte sich vor allem Kautschuk (um 16%). Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitpunkt ist der *Großhandelspreisindex* um 1'8% gestiegen. Der *Teilindex* für Industriestoffe ist binnen Jahresfrist um 8'8% gestiegen, der für Nahrungs- und Genußmittel jedoch um 2'8% zurückgegangen.

Der vom Institut berechnete *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) stieg in der Berichtsperiode um 1'3%. Veränderungen gegenüber dem Vormonat haben sich lediglich bei Nahrungs- und Genußmitteln ergeben: Der *Nahrungsmittelindex* erhöhte sich um 2'8%, da vor allem Fleisch sowie — stärker als saisongemäß — Eier und Spinat teurer wurden; am stärksten erhöhte sich der Preis für Äpfel (28%), obwohl saisongemäß ein Sinken zu erwarten gewesen wäre. Der *Genußmittelindex* sank um 1'3%, da Wein um 12'5% billiger wurde.

Seit Juli 1954 ist der *Lebenshaltungskostenindex* um 1'7% gestiegen. Gegenüber Juli 1953 beträgt die Erhöhung allerdings 7'5%.

Bei den *Löhnen und Gehältern* hält der Auftrieb an. Nachdem im Juni die Löhne der Metall- und Bergarbeiter um 7 bis 8% erhöht worden waren, erfolgten im Juli ähnliche Lohnsteigerungen in der Papierindustrie und im graphischen Gewerbe. In der Papierindustrie stiegen die Löhne allgemein um 8%. Im graphischen Gewerbe erhöhten sich die Löhne der Facharbeiter gleichfalls um 8%, die der Hilfsarbeiter um 7%, die der Hilfsarbeiterinnen um 6%. Die Gehälter der technischen Angestellten des graphischen Gewerbes stiegen gleichfalls um 8%. Durch diese neuerlichen Lohnerhöhungen wurde in den betreffenden Branchen die im Vorjahre erzielte Erhöhung ungefähr verdoppelt.

Auch bei den Angestellten drangen weitere Gehaltsforderungen durch. Im Laufe der letzten beiden Monate wurden im Anschluß an die generelle 4%ige

Erhöhung der Effektivgehälter der Industrieangestellten (ab 1. Jänner 1955) die Gehälter in der papierverarbeitenden Industrie (2%), in der Filmindustrie und in der Holzverarbeitenden Industrie (3%) und in der Glasindustrie (4%) gesteigert.

Die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, die mit 1. August in Kraft trat, vermindert allerdings die Nettoeinkünfte: Für Arbeiter stieg der Beitrag zur Rentenversicherung um 1%, für Angestellte um 1/2% der Bemessungsgrundlage.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Trotz spätem Vegetationsbeginn konnten die Halmfrüchte infolge des ungewöhnlich feuchten und kühlen Wetters im Sommer noch gut ausreifen. Der *Getreideschnitt* war selbst in Frühdruschgebieten (Marchfeld) um mehrere Wochen verspätet. Die lange Vegetationszeit begünstigte die Kornbildung. Die ersten Ergebnisse des Mähdrusches ergaben durchschnittlich um 10 bis 15% höhere *Hektarerträge* als im Vorjahr. Da heuer auch die Anbauflächen erweitert wurden, konnte mit einer überdurchschnittlichen Getreideernte gerechnet werden.

Doch fiel die Ernte infolge anhaltender Niederschläge während der Erntezeit qualitätsmäßig sehr schlecht aus. Ein beträchtlicher Teil des Brotgetreides dürfte sich für eine Vermahlung nicht eignen, da das Korn feucht und der *Prozentsatz an Auswuchs* groß ist. Auch die *Ernteverluste* waren durch Überreife der Ähren und durch Lagerfrucht, die die Maschinen- und Handmähd erschwerte, sehr groß.

Der *Einfuhrbedarf* an Weizen und Roggen im Wirtschaftsjahr 1955/56 wird daher, trotz der größeren Ernte, kaum zurückgehen. Er dürfte eher noch zunehmen, falls ein Teil der Früchte durch anhaltend schlechte Witterung im August auf den Feldern verdirbt. Vor allem wird die Beimischung von ausländischem Qualitätsweizen, die bisher 35% betrug, erhöht werden müssen. Der Importbedarf an Futtergetreide und Futtermitteln dürfte sich hingegen verringern, da ein Teil der inländischen Brotgetreideernte Futterzwecken zugeführt werden wird.

Einfuhr von Getreide und Futtermitteln

1. Juli bis 30. Juni	Weizen	Roggen	Futtergetreide und Mül- lererzeugnisse ¹⁾	Sonstige Futter- mittel ²⁾
	Tonnen			
1952/53.....	295.421	76.623	427.326	123.125
1953/54.....	147.384	12.169	270.052	77.159
1954/55.....	226.817	112.050	424.361	139.727

¹⁾ Außenhandelsstatistik, UN-Code 042 bis 044, 045-02 und 045-09, 046 bis 048, —
²⁾ UN-Code 081.

Außer bei Getreide traten schwere Witterungsschäden auch bei *Kirschen und Marillen* auf. Beide Obstarten lieferten Rekorderträge, doch verdarb ein Teil der Ernte. Auch die Krautfäule bei *Kartoffeln* könnte den Ertrag beeinträchtigen. Dagegen rechnet man mit einer sehr ausgiebigen *Grummeternte* und mit hohen Erträgen an *Futter- und Zuckerrüben*.

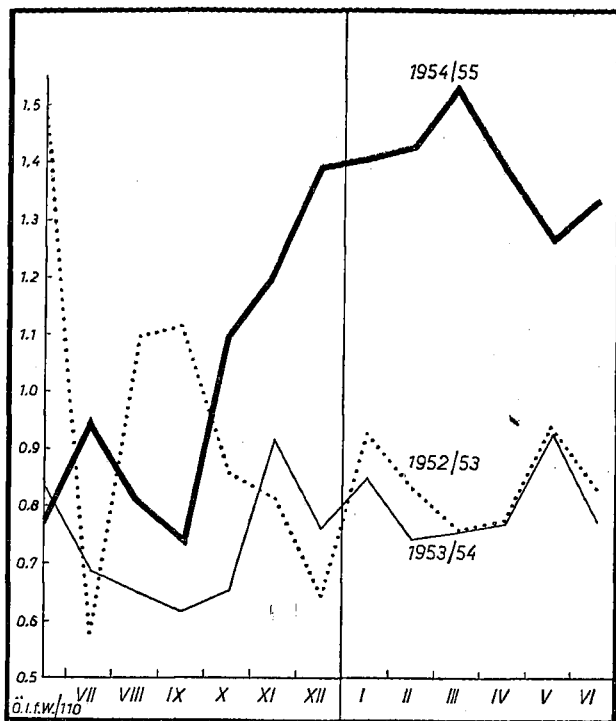
Da die Landwirtschaft im Juni noch 11.996 t *Brotgetreide* auf den Markt gebracht hat, erreichte die gesamte Marktleistung nach der Ernte 1954 354.182 t, davon 204.178 t Weizen und 150.004 t Roggen. Auf Niederösterreich, Wien und das Burgenland entfielen 81% (Weizen) und 70% (Roggen), auf Oberösterreich 14% und 24% des Angebotes. Nach Abzug des Marktanteiles vom (geschätzten) Erntertrag (832.505 t) verblieben 478.323 t für Eigenversorgung (Ernährung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, Saat, Fütterung) und Schwund. In den Vorjahren betrug die Marktleistung 448.015 t (1953/54) und 352.000 t (1952/53), die Eigenversorgung 484.321 t und 397.264 t. Die höheren Selbstversorgerquoten in den letzten zwei Jahren sind lediglich als Kalkulationsergebnisse auf Grund der offiziellen Ernteschätzungen zu werten. Tatsächlich dürften sich weder Verbrauch noch Vorratshaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben stärker verändert haben.

Ende Juni waren die *Vorräte* an Weizen bei Mühlen und Handel (63.000 t) um 39.000 t kleiner, an Roggen (42.000 t) um 15.000 t größer als Ende Juni 1954. Im Vorjahr reichten sie insgesamt für 65 Tage, heuer für 53 Tage. Die Vorräte an Kleie und Futtermehl (5.500 t) waren gleich hoch, die an Futtergetreide (30.000 t) und Ölkuchen (9.000 t) um 25% und 100% größer. Auch im II. Quartal ist mit 121.000 t um 61% mehr ausländisches Futtergetreide als im gleichen Vorjahresquartal verbraucht worden. Der Verbrauch an Auslandsgetreide war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr mit 466.000 t — 25.000 t US-Mais für Hochwassergebiete inbegriffen — um 68% höher als im Vorjahr und um 52% größer als im Jahre 1952/53.

Da heuer auch den Sommer über sehr reichlich Futter wächst, hält sich die *Milchproduktion* über dem Vorjahresniveau. Im Juni kamen 111.123 t Milch auf den Markt, 5% mehr als im Juni 1954. Die Leistung stieg im Vorjahr gegenüber Mai um 4%, heuer um 10%. Die Marktproduktion im Juli wird auf 106.000 t geschätzt (101.017 t im Juli 1954). An Butter (1.965 t) und Käse (1.800 t) konnten die Molkereien im Juni erstmals wieder um 3% und 27% größere Mengen als im Jahre 1954 erzeugen, nachdem sich die Produktion seit Oktober übersaisonnäßig verringert hatte.

Verbrauch an Import-Futtergetreide

(Normaler Maßstab; t je Tag)



Im Wirtschaftsjahr 1954/55 verbrauchte die österreichische Landwirtschaft mit 466.000 t fast die gleiche Menge ausländischen Futtergetreides wie vor dem Kriege. Da die neue Gerstenernte mengenmäßig sehr gut ist und heuer auch Brotgetreide, das mehr als 50% Auswuchs aufweist, verfüttert werden muß, dürfte der Bedarf im Wirtschaftsjahr 1955/56 auf den Stand der vorangegangenen Jahre wieder zurückgehen.

Das Angebot an inländischem Schlachtvieh in Wien ging seit Mai stark zurück. Im Juni nahm es im Wochendurchschnitt um 20% (Schweine), 14% (Rinder) und 1% (Kälber), und im Juli abermals um 14%, 27% und 7% ab. Bei Schweinen war das Angebot im Juli um 12% (im Mai noch um 20%) größer, bei Rindern jedoch um 33% (10%) und bei Kälbern um 16% (18%) kleiner als im entsprechenden Vorjahrsmonat. Der Umstand, daß die gewerblichen Schlachtungen von Inlandsvieh im 1. Halbjahr im gesamten Bundesgebiet lt. Schlachtungsstatistik bei Rindern nur um 4% und bei Kälbern um 2% kleiner als im 1. Halbjahr 1954 waren, während das Angebot am Wiener Markt gleichzeitig um 12% und um 17% zurückging, läßt schließen, daß der Verbrauch von Rind- und Kalbfleisch außerhalb Wiens dank hoher Beschäftigung und steigendem Fremdenverkehr zugenommen hat. Da der Bedarf in den Landgemeinden vorweg gedeckt wird, mußten, um den Bedarf von Wien zu decken, die Vieh- und Fleischausfuhren eingeschränkt und die Importe er-

höht werden¹⁾. Bei Schweinen wurde ein Teil der Vorräte (200 t) vorzeitig aus den Kühlräumen genommen. Doch dürfte die Verknappung bei Schlachtschweinen ab August das Ausmaß der letzten Jahre nicht erreichen.

Am 3. Juni wurden in Österreich 2,6 Mill. Schweine gezählt, 7% mehr als 3 Monate vorher und 14% mehr als im Juni 1954. Die Zunahme von März bis Juni blieb nur wenig hinter der normalen Saisonrate (+ 8%) zurück. Der Bestand an tragenden Tieren nahm um 3% ab, der an Ferkeln, Jung- und Mastschweinen um 21%, 3% und 4% zu; bei unveränderter Schweinehaltung hätten sich die Zahlen der Muttersauen auf dem Stand von März halten, die der Ferkeln und Mastschweine um 31% und 9% erhöhen müssen.

Dies zeigt, daß man die Schweinezucht, die seit März 1954 stark intensiviert worden war, wieder etwas eingeschränkt hat. Wohl gab es Mitte 1955 nur um 4% weniger trüchtige Sauen als ein Jahr vorher. Doch war die saisonbereinigte Zahl der Muttertiere bereits um 10% kleiner als Ende 1954; damals hatte sie den Höchststand der Nachkriegszeit erreicht. Ein stärkerer Rückgang wurde durch Interventionskäufe und Stabilisierung des Schweinepreises hintangehalten.

Bestand an trüchtigen Sauen

Zeit	Stand effektiv	Stand saisonbereinigt	Veränderung ± in %	Saisonindex ²⁾ des Vorquartals
1954 März	135.064	121.482	+ 9,4	+20,8
Juni	153.190	137.304	+13,4	+ 0,4
September	122.473	143.781	-20,1	-23,7
Dezember	134.039	145.600	+ 9,4	+ 8,1
1955 März	150.859	135.689	+12,5	+20,8
Juni	146.832	131.605	- 2,7	+ 0,4

²⁾ Durchschnitt 1939/43, 1948/52.

Da als Folge der umfangreichen Sauenzulassungen vom Herbst und Winter noch um 20% mehr Ferkel, 14% mehr Jungschweine und 11% mehr Mastschweine vorhanden waren als Mitte 1954, wird der Umfang der Schlachtungen im 2. Halbjahr 1955 größer sein als im Vorjahr. Aber auch im I. Quartal 1956 werden die Schweineschlachtungen dank dem günstigen Aufzuchtergebnis höher sein als in den letzten Jahren. Im Zeitabschnitt März bis Juni wurden mit 695.682 Ferkeln — die Verluste bereits berücksichtigt — um 20% und 9% mehr Jungtiere als in den gleichen Quartalen 1954 und 1953 aufgezogen.

¹⁾ Die Einfuhr lebender Tiere stieg von 732 t im 1. Halbjahr 1954 auf 6.219 t im 1. Halbjahr 1955 und von Fleisch und Fleischwaren von 663 t auf 1.010 t. Hingegen verringerte sich die Ausfuhr lebender Tiere von 15.299 t auf 3.864 t, die von Fleisch von 2.284 t auf 570 t.

Auch je trüchtige Sau war das Aufzuchtergebnis um 8% und 3% günstiger.

Ferkelzugang

Zeitraum	1953		1954		1955	
	Insgesamt	Je trüchtige Sau	Insgesamt	Je trüchtige Sau	Insgesamt	Je trüchtige Sau
Dezember—Februar	491.220	3'85	421.553	3'41	466.646	3'48
März—Mai	638.538	4'47	577.447	4'28	695.682	4'61
Juni—August	594.882	4'50	729.778	4'76		
September—November	404.910	4'19	612.062	5'00		

Die Zahl der *Schweineschlachtungen* in der Periode März bis Mai war infolge eines beschleunigten Umtriebes überraschend hoch. Sie betrug 100% vom Bestand an Schlacht- und Mastschweinen der Märzszählung, gegenüber nur 94% und 89% i. d. J. 1954 und 1953. Bereits im vorangegangenen Zählabschnitt hatte sich die entsprechende Quote beachtlich erhöht. Dadurch wurde der Angebotsrhythmus vorverlegt und die für Mai und Juni vorgesehenen Interventionskäufe mußten bereits im April einsetzen. In Wirklichkeit wird freilich nur ein Teil der über ein halbes Jahr alten Mastschweine schon mit 7 und 8 Monaten geschlachtet, da man 40% aller Schweine länger hält und in der Landwirtschaft selbst verbraucht. Es wurden daher viele bei den letzten Zählungen als Jungschweine (2 bis 6 Monate alt) registrierten Tiere bereits in den nachfolgenden Monaten geschlachtet.

Schweineschlachtungen¹⁾²⁾

Zeitraum	Insgesamt		Schlachtungen	
	Stück	in % des Mastschweinebestandes ³⁾	Stück	Für den Markt in % des Mastschweinebestandes ³⁾
1952/53, Dezember—Februar	841.657	90'1	281.050	30'1
1953/54, Dezember—Februar	879.615	90'9	318.186	32'9
1954/55, Dezember—Februar	848.657	93'0	305.496	33'3
1953, März—Mai	478.338	89'4	341.679	63'8
1954, März—Mai	477.258	94'3	365.994	72'3
1955, März—Mai	521.091	100'0	398.195	76'4

¹⁾ Nach Angaben des BM. f. Land- und Forstwirtschaft und des Österr. Statistischen Zentralamtes. — ²⁾ Mit Ausfuhr von Lebendschweinen, aber ohne Importvieh. — ³⁾ Bestand jeweils von Dezember bzw. März.

Zwar sind bei einer verkürzten Mast die Lebendgewichte im allgemeinen niedriger¹⁾, sie vermag aber durch eine rationelle Fütterung die Erzeugungskosten bedeutend zu senken²⁾ und ist daher rentabel.

¹⁾ Das durchschnittliche Lebendgewicht der von Dezember 1954 bis Februar 1955 in Wien — St. Marx aufgetriebenen Schweine war im Vergleich zu den beiden letzten Jahren um 1% und 4%, und von März bis Mai 1955 um 2% niedriger.

²⁾ Da sich der Futterverbrauch je kg Zuwachs mit steigendem Lebendgewicht erhöht, ist die sogenannte „Schnellmast“ am rentabelsten. Der Futterverbrauch beträgt z. B. nach Prof. Stahl:

Lebendgewicht	Futterverbrauch je kg Zuwachs	Lebendgewicht	Futterverbrauch je kg Zuwachs
kg	kg Futtereinheiten	kg	kg Futtereinheiten
15—20	2'8	70—100	4'6
20—50	3'2	100—125	5'1
50—70	4'0	125—150	6'1

Mit der hohen Beschäftigung werden auch auf dem Lande die *Arbeitskräfte* zunehmend knapper³⁾. Die Frage, ob die österreichische Landwirtschaft wieder — so wie vor dem Kriege — *ausländische Wanderarbeiter* beschäftigen soll, war kürzlich heftig umstritten. Tatsache ist, daß auf dem Lande immer noch mehr Menschen geboren werden, als die Landwirtschaft dauernd zu beschäftigen vermag. Viele wandern aber in andere Berufe und in die Städte ab, weil dort höhere Löhne und bequemere Lebensmöglichkeiten geboten werden. Das Problem der Landflucht wird man daher auf lange Sicht nur über einen wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich zwischen Stadt und Land lösen können.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Gesamtnachfrage nach elektrischer Energie, Kohle und flüssigen Brenn- und Treibstoffen war im 1. Halbjahr 1955, entsprechend dem hohen Niveau von Produktion und Verbrauch, beträchtlich größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die *Elektrizitätswirtschaft* erzeugte insgesamt (nur Kraftwerke der öffentlichen Versorgung) 4.043 Mill. kWh Strom, um 13% mehr als im 1. Halbjahr 1954. Dank dem niederschlagsreichen Wetter war das Verhältnis zwischen Wasser- und Dampfstrom heuer erheblich günstiger. 3.202 Mill. kWh, um 23% mehr als im Vorjahre, kamen aus *Wasserkraftwerken*, während die *Dampfstromerzeugung* (841 Mill. kWh) sogar um 14% *gedrosselt* werden konnte. Der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz nahm fast genau so stark zu wie die Erzeugung, nämlich um 13%, während der Stromexport (686 Mill. kWh) um 18% stieg und die Einfuhr, die allerdings kaum 5% der Eigenenerzeugung ausmacht, um 33% von 157 Mill. kWh auf 209 Mill. kWh zunahm. Der Zuwachs des Stromverbrauches war etwas geringer als die Zunahme des Produktionsvolumens der Industrie, weil gerade die weniger stromintensiven Industrien ihre Erzeugung stärker steigerten als der Durchschnitt. Außerdem hat auch die Stromerzeugung in den Eigenanlagen der Industrie stärker zugenommen als in den öffentlichen Kraftwerken.

Aus dem öffentlichen Netz haben die Tarifabnehmer heuer um 17% und die Industrie um 13% mehr Strom bezogen als im Vorjahr.

Im Juni erreichte die Stromversorgung der öffentlichen Kraftwerke mit 824 Mill. kWh einen neuen Rekord und war um 69 Mill. kWh größer als im Juni 1954. Der Anteil des Dampfstromes an der Ge-

³⁾ Siehe auch Abschnitt „Arbeitslage“, S. 251.

samterzeugung hielt sich mit 6% im saisonüblichen Rahmen.

Die hohe Wasserdarbietung ermöglicht es den Dampfkraftwerken, ihre *Brennstoffvorräte* allmählich wieder zu ergänzen, um für das kommende Winterhalbjahr gerüstet zu sein. Im Laufe des Monats Juni stiegen die Kohlenvorräte auf den Lagerplätzen der Dampfkraftwerke um fast 45.000 t auf 155.000 t (SKB). Auch die Heizölvorräte wurden von 8.400 t auf 13.500 t ergänzt.

Die *Gesamtnachfrage nach Kohle* hat seit dem 1. Halbjahr 1954 um 15% zugenommen. Trotz aller Anstrengungen konnte der heimische Bergbau den Mehrbedarf bei weitem nicht allein decken. Er lieferte zwar heuer um 10% mehr Kohle an die inländischen Verbraucher aus, gleichzeitig mußte aber um 18% mehr importiert werden. Der Marktanteil der Inlandskohle war daher, wie bei einer so starken Zunahme des Verbrauches nicht anders zu erwarten, sogar rückläufig. Die Kohlenbestellungen der Industrie haben um 14%, also kaum so stark wie ihre Produktion, zugenommen. Die Industrie hat zwar ihre laufenden Bestellungen dem gestiegenen Bedarf angepaßt, aber kaum nennenswerte Vorräte für den Winter gebildet. Etwas wirkungsvoller als bei der Industrie dürften die Warnungen des Kohlenhandels vor Lieferschwierigkeiten im Winter bei den Kleinabnehmern gewesen sein. Die Hausbrandbezieher kauften im II. Quartal 1955 350.000 t Kohle (SKB), um 44% mehr als im Vorjahre. Ein Teil dieser Nachfragesteigerung ist aber auf Nachbestellungen in den ungewöhnlich kalten Frühjahrsmonaten zurückzuführen.

Auf dem *Heizölsektor* hat sich die Lage seit dem Winter wieder konsolidiert. Die Lieferungen haben zwar nicht zugenommen, der Bedarf ist aber gesunken, weil sich viele Verbraucher wieder auf andere Brennstoffe umstellten. Auch im kommenden Winter wird kaum mehr Heizöl geliefert werden als bisher, weil die Raffinerien die Erzeugung vorderhand kaum werden steigern können. Auch die Preisentwicklung ist noch offen. Abgesehen von dem Umfang der Rohölförderung und der Höhe des nach Abzug von 1,2 Mill. t Ablöselieferung für das Inland verbleibenden Restes, wird die Entwicklung der Heizölerzeugung davon abhängen, ob man sich für die Beibehaltung des bisherigen Destillierverfahrens mit relativ hoher Heizölausbeute entschließt oder ob man Crackanlagen baut und den Benzinanteil auf Kosten des Heizöles erhöht.

Der Absatz an *Treibstoffen* liegt infolge der sprunghaften Motorisierung weit über dem des Vor-

jahres. Im Mai wurden über 23.000 t Fahrbenzin und 22.000 t Dieselöl abgesetzt, um 38% und 21% mehr als im Mai 1954.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Industrieproduktion hält unverändert auf dem hohen, um die Jahreswende erreichten Niveau. Die geringfügigen Abweichungen von der normalen Saisonbewegung in den Monaten März und April wurden im Mai wieder ausgeglichen. Die Konstanz des saisonbereinigten Produktionsindex in den ersten fünf Monaten dieses Jahres – die Monatswerte weichen vom Durchschnitt nur um weniger als 1% ab – deuten darauf hin, daß die wichtigsten Bereiche der Investitions- und Grundstoffindustrie bei anhaltend hoher Nachfrage die Produktion nicht mehr ausweiten können. Die *Stabilisierung der Produktion* auf hohem Niveau erfolgte, obwohl auf der Nachfrageseite noch immer beträchtliche expansive Kräfte wirken, die weitere Produktionssteigerungen ohne weiteres erlauben würden, wenn nicht entweder Kapazitäten, Arbeitskräfte oder Vormaterialien fehlen würden. Besonders hemmend wirkt sich allmählich der Mangel an Arbeitskräften aus, der nun nicht nur in den metallverarbeitenden Branchen herrscht, sondern auch auf fast alle anderen Industriezweige übergreift. Knappe Rohwaren, vor allem Stahl, könnten zwar importiert werden, würden aber wegen ihrer höheren Preise das Gefüge der inländischen Fertigwarenpreise in Unordnung bringen. Es gibt aber noch einige Zweige, die von der Konjunktur erst sehr am Rande erfaßt worden sind, oder aus strukturellen Gründen kaum jemals mit Vollbeschäftigung rechnen können. Von ihnen ist in der nächsten Zeit kaum ein stärkerer Beitrag zur Ausweitung des Produktionsvolumens zu erwarten.

Die vollbeschäftigten Industrien suchen derzeit durch Rationalisierungsinvestitionen ihren relativen Bedarf an Arbeitskräften zu verringern und damit dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Weit schwieriger ist es, den Mangel an inländischen Rohwaren und Hilfsstoffen zu beheben. Importrohstoffe stehen dagegen nach wie vor reichlich zur Verfügung und behindern die Produktion kaum. Der vom Institut berechnete Index der Rohwarenimporte war im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1955 um 40% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dies entspricht den gestiegenen Anforderungen der Verbraucher. Dagegen sind einige inländische Rohstoffe und Vormaterialien, die bisher aus Kostengründen durch Importe nicht ersetzt werden konnten, knapp.

Am stärksten wirkt sich der Eisenmangel aus, weil die eisenverarbeitenden Betriebe die stärkste Konjunktur und vielfach auch noch Kapazitätsreserven haben. Da der Inlandsmarkt nur im Umfange der Vorjahresbezüge mit Walzware beliefert wird, um eine hohe Exportquote aufrechtzuerhalten, bleibt für Produktionssteigerungen der verarbeitenden Industrien nur wenig Spielraum. Die *Marktlage* wird sich in absehbarer Zeit noch *beträchtlich* durch den Bedarf der USIA-Betriebe *verschärfen*. Auch entfallen von den an die Sowjetunion als Ablöse für die USIA-Betriebe ab September zu liefernden Waren im Werte von 25 Mill. \$ jährlich über 50% auf Erzeugnisse der eisenverarbeitenden Industrien.

Das *Exportvolumen* war im 1. Halbjahr 1955 noch um 8% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Chancen, es durch Industrieexporte weiter auszudehnen, sind begrenzt, weil vor allem die knappen Waren, die im Export leicht abgesetzt werden könnten, immer nachdrücklicher von den heimischen Kunden verlangt werden. Die Exporte von Industrieprodukten werden daher, solange die bisher zurückgebliebenen Zweige nicht eingeschaltet werden können, bestenfalls in dem Ausmaß zunehmen, in dem die Produktion ausgeweitet werden kann. Seit Jahresbeginn ist die Exportquote (Exporte in Prozenten der Produktion) sogar zurückgegangen. Die Ansprüche der inländischen Verbraucher wurden daher nicht nur absolut, sondern auch relativ stärker befriedigt. Solange gerade bei besonders exportorientierten Waren das inländische Preisniveau so stark unter den erzielbaren Exportpreisen liegt, wird allerdings die Exportquote kaum ernstlich verringert werden.

Das Schwergewicht der Konjunktur liegt unverändert bei den *Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien*, deren Produktion im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres um 22% höher war als zur gleichen Vorjahreszeit, während der Vorsprung der Konsumgüterindustrien nur knapp 11% beträgt. Am schwächsten bleibt nach wie vor die Belegung in der Textilindustrie, die bisher ihre Vorjahresproduktion nur um 8% überbieten konnte. Sie führt dies, abgesehen von strukturellen Nachfrageverlagerungen zugunsten dauerhafter Konsumgüter, auf die starke Konkurrenz ausländischer liberalisierter Textilwaren zurück.

Die Entwicklung der meisten übrigen Industriezweige wurde bisher durch die Liberalisierung kaum ernstlich gestört. Die hohe heimische Nachfrage hätte von der Inlandsproduktion auf den meisten Sektoren kaum allein befriedigt werden können,

so daß die Mengenkonjunktur sehr bald in eine Preiskonjunktur übergegangen wäre. Der zumeist ausreichende Zollschutz verhindert aber auch, daß die ausländischen Waren das inländische Angebot preislich stärker unterbieten.

Der Gesamtindex der Industrieproduktion (saisonbereinigt) stieg im Mai um 1'6% und glich damit den leichten Rückgang in den beiden Vormonaten aus. Im Mai war die Produktion um 12% und im Durchschnitt der ersten fünf Monate um 17% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Da die Zahl der Beschäftigten nur um 7% höher ist, liegt der Index der Arbeitsproduktivität (Produktion je Beschäftigten) bisher um 10% höher als im Vorjahr. Die Produktivität pro Arbeitsstunde ist allerdings weniger stark gestiegen, weil gleichzeitig auch die Arbeitszeit, zumeist durch Überstunden, zugenommen hat. Die Ertragslage der Unternehmen dürfte sich außerdem nicht in gleicher Weise verbessert haben, weil zumindest ein Teil des Produktivitätsfortschrittes der hohen Investitionsrate der letzten Jahre zu danken ist; den ersparten Lohnkosten stehen höhere Kapitalkosten gegenüber.

Die *Bergbauproduktion* hält in ihren wichtigsten Sparten mit nur geringen Saisonschwankungen das bisherige hohe Produktionsvolumen. Im 1. Halbjahr 1955 lag ihr Index um 8% über dem 1. Halbjahr 1954. Kohle wurde im 1. Halbjahr um 9%, Eisenerz um 7%, Blei- und Zinkerze um 8% und Graphit, Kaolin und Talkum um 22%, 9% und 17% mehr gefördert als im Vorjahre. Drei Viertel der Talkumerzeugung werden derzeit exportiert. Seit im Vorjahre Talkum unter die ausfuhrgenehmigungspflichtigen Waren eingereiht wurde, klagen die Erzeugerfirmen über Störungen im Export und machen geltend, daß sie den Inlandsmarkt bisher reibungslos versorgt haben und trotz hoher Nachfrage ihre Preise um 8% bis 10% senkten.

Durch die Übergabe der USIA- und SMV-Betriebe wird der heimische Bergbau einen bedeutenden Zuwachs erhalten. Die *Erdölförderung* wird zum *wichtigsten österreichischen Bergbauzweig*. Der Bruttowert der Rohölförderung wird, wenn er auf dem gegenwärtigen Stand gehalten werden kann, erheblich größer sein als jener des Kohlen- oder Erzbergbaues. Derzeit beträgt der Bruttowert der gesamten Bergbauproduktion etwa zweieinviertel Milliarden Schilling. Der Bruttowert der Erdölförderung ist aber mit weit über eine Milliarde Schilling zu veranschlagen. Daneben spielen die anderen, bisher von der USIA verwalteten Bergbaue (Steinkohle in Grünbach, Braunkohle bei Berndorf, Antimonerzbergbau in

Schlaining, Graphitbergbau in Mühldorf) nur eine untergeordnete Rolle.

Wiewohl die *eisenschaffende* Industrie mit voller Kraft produziert, eilen Inlands- und Exportnachfrage weiterhin ihren Liefermöglichkeiten weit voraus. Trotz einer um 21% höheren Walzwarenproduktion als im Vorjahre, können vor allem die inländischen Besteller nicht voll befriedigt werden. Die Auftragsbestände nehmen weiter zu. Anfang Juli erreichten sie mit 413.000 t (nur Kommerzwarenbestellungen von Inlandskunden) einen neuen Rekordstand und waren mehr als doppelt so hoch als zu Anfang des Jahres.

Die Rückgabe der USIA-Betriebe, die bisher vielfach mit importierter Walzware versorgt wurden, wird die Lage auf dem Walzwarenmarkt noch verschärfen. Falls diese Betriebe nur im bisherigen Umfange weiter produzieren sollen — sie werden zu den Rußlandlieferungen herangezogen —, rechnet man mit einem zusätzlichen Bedarf von etwa 70.000 t Walzware pro Jahr, und zwar 40.000 t Halbzeug und 30.000 t Fertigware (ohne Ölröhre). Da sie außerdem von Lagervorräten ziemlich entblößt sind, wird noch ein gewisser Stoßbedarf zur Ergänzung ihrer Vorräte auftreten. Da sämtliche inländische Verbraucher (außer den Konzernwerken der Erzeugerbetriebe) in der letzten Zeit monatlich etwa 35.000 bis 38.000 t Kommerzware erhielten, fällt die zusätzliche Markbelastung stark ins Gewicht.

Die eisenschaffende Industrie unternimmt weiter alle Anstrengungen zur Ausweitung ihrer Stahlkapazität in Donawitz und Linz. Außerdem wird in Donawitz ein neuer, größerer Hochofen gebaut. In Linz wurde ein vierter Hochofen für den Betrieb vorbereitet. Diese Investitionen, ebenso wie der Bau weiterer Elektroöfen in den Edelstahlwerken, werden aber erst in einem Jahr fertig werden. Bis dahin kann kaum mehr mit größeren Produktionssteigerungen auf dem Walzwarenssektor gerechnet werden.

Auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt wurde in den letzten Wochen wieder ein leichter Tendenzumschwung festgestellt. Die seit etwa zwei Monaten leicht sinkenden Preise, die vielfach als erste Anzeichen einer Normalisierung der überhitzten Konjunktur, vereinzelt aber auch als der Beginn einer neuen Krise gewertet wurden, festigen sich und ziehen teilweise sogar wieder an. Für die Stabilisierung der Eisennachfrage auf hohem Niveau spricht auch die unverändert gute Konjunktur in den wichtigsten Abnehmerindustrien, in der Bauwirtschaft, den Investitionsgüterindustrien, im Schiffbau und der Automobilindustrie.

Die Auftragseingänge in der Montan-Union, die seit Anfang 1954 ständig gestiegen sind und im Höhepunkt der Konjunktur — im IV. Quartal 1954 — um 27% größer waren als die laufenden Lieferungen, gingen seither wieder zurück und waren im Durchschnitt der Monate März und April nur mehr um 3% höher als der Versand. Die Werke verfügen aber noch immer über sehr große Auftragsbestände. Demgegenüber scheint die Situation auf dem österreichischen Binnenmarkt weit angespannter. Denn hier waren die laufenden Auftragseingänge auf Kommerzware bis Mitte des Jahres annähernd doppelt so hoch als die gleichzeitigen Lieferungen und haben seither nicht abgenommen.

Die *Metallhütten*, die mit Ausnahme der Aluminiumindustrie den Inlandsbedarf nicht decken können, sind voll beschäftigt. Die Erzeugung war in allen Sparten (Blei, Kupfer, Aluminium) in den letzten Monaten höher als im Vorjahre. Der Gesamtindex lag im Durchschnitt Jänner bis Mai um 19% über den Vorjahreswerten. Auch in den Halbzeugbetrieben der Metallindustrie hält die Konjunktur an. Auf diesem Sektor wird die Übergabe der USIA-Betriebe einige *Umstellungsprobleme* aufwerfen, weil ihre Kapazität — falls man sie wieder voll instand setzt — nur ausgenützt werden könnte, wenn neue Absatzmärkte gefunden werden können. Auf den Exportmärkten herrscht aber, trotz beachtlicher Mengenkonjunktur, noch immer eine ziemlich scharfe Preiskonkurrenz, weil die meisten europäischen Länder Überkapazitäten in der Metall-Halbzeugindustrie haben. In Österreich ist vor allem die Aluminiumerzeugung und -verarbeitung auf Exporte angewiesen. Weit mehr als die Hälfte des im Inlande erzeugten Aluminiums gehen derzeit roh oder verarbeitet in den Export. Ein Betrieb, der Aluminiumfolien herstellt, muß fast zwei Drittel seiner Erzeugung bei scharfer Konkurrenz nach den mittel- und nord-europäischen Ländern ausführen. Neuerdings macht sich auch die japanische Industrie bemerkbar und unterbietet die Preise der europäischen Produzenten.

Die *Gießereiindustrie* produzierte im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1955 um 25% mehr als im Vorjahre. Seit einigen Monaten nimmt die Erzeugung aber kaum noch zu, weil sich die Nachfrage stabilisiert hat. Kapazitäten und Rohstoffe — nur Gußbruch ist zu amtlichen Preisen kaum zu erhalten — stünden auch für eine noch größere Produktion zur Verfügung.

Die *Fahrzeugindustrie* ist in allen Sparten voll ausgelastet. Sie produzierte von Jänner bis Mai um 50% mehr als im Vorjahre und kann trotzdem der

Inlandsnachfrage kaum entsprechen. Der Importboom bei neuen und gebrauchten Personenkraftwagen hält vorläufig noch unvermindert an. Im Juni wurden wieder 5.674 Personenkraftwagen eingeführt. Im 1. Halbjahr waren es 32.115 gegen 8.808 im 1. Halbjahr 1954. Allmählich werden aber — wenn der aufgestaute Bedarf befriedigt ist — die hohen Importe wieder etwas zurückgehen müssen. Als Reparationsleistung ist — wohl in Fortsetzung von USIA-Exporten — die Lieferung von Speziallastwagen (Autokühlwagen) im Werte von 1,6 Mill. \$ jährlich vorgesehen.

Wegen des vielfältigen Erzeugungsprogrammes ist die Lage in der *Maschinenindustrie* nicht ganz einheitlich. Im Durchschnitt produzierte sie von Jänner bis Mai um 24% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres, konnte aber seit Jahresanfang ihre Erzeugung nicht mehr nennenswert steigern. Neben vollbeschäftigten Sparten, die aus Mangel an Kapazität, Arbeitskräften oder Material die Erzeugung nicht mehr ausdehnen können, gibt es noch immer andere, die entweder im Inlande oder im Export nicht genügend Nachfrage finden, wie z. B. die Sensenindustrie, und daher noch freie Kapazitäten haben.

Allgemein klagen aber die Firmen, daß sich ihre Ertragslage in der letzten Zeit durch höhere Löhne und teilweise auch höhere Preise für Vorprodukte, welche den Produktivitätsfortschritt überkompensiert hätten, verschlechtert habe. Die erfahrungsgemäß höhere Nachfrage im 2. Halbjahr (Bestellungen im Zusammenhang mit der Abschreibungsbegünstigung) erwartet die Maschinenindustrie mit gemischten Gefühlen, weil sie gerade in den Sparten, auf welche sich die Nachfrage konzentrieren wird, nicht mehr genügend leistungsfähig ist, um den zu erwartenden Anforderungen zu entsprechen. Die Reparationslieferungen (Kompressoren, Meßgeräte, Einrichtungen für Papiererzeugung und Holzverarbeitung) dürften von bisherigen USIA-Betrieben übernommen werden können.

Auch in der *Eisenwaren- und Metallwarenindustrie* hält die Mengenkonjunktur an. Die von der Baukonjunktur profitierenden Zweige sind besonders gut beschäftigt, während einige andere Sparten über die heftige Importkonkurrenz klagen. Tatsächlich ist die Einfuhr von Metallwaren seit dem Vorjahre auf nahezu das Doppelte gestiegen.

Die *Bautätigkeit* wurde bisher durch die verfügbaren Einschränkungen bei öffentlichen Bauten noch nicht sichtbar beeinträchtigt. Arbeitskräfte und Material sind noch immer knapp und die vorhandene Baukapazität ist voll ausgenutzt. Auf dem *Baustoffmarkt* hat die Nachfrage im Juli zwar saisonüblich nachgelassen. Die Firmen haben aber durchwegs noch

immer so hohe Auftragsbestände, daß die Lieferfristen nur wenig kürzer geworden sind. Selbst wenn Aufträge storniert werden sollten, kann die Industrie bis zum Ende der Saison mit Vollbeschäftigung rechnen. Allgemein erwartet man, daß die Nachfrage heuer bis spät in den Winter hinein rege sein wird, weil die Kunden möglichst bald ihren Bedarf für die Bausaison des nächsten Jahres beschaffen werden wollen, um ähnliche Verzögerungen am Beginn der Saison zu vermeiden, wie sie sich heuer so störend bemerkbar machten. Die witterungsabhängigen Industrien, die üblicherweise am Ende der Kampagne Vorräte für das Frühjahr anlegen, werden dies heuer kaum in größerem Umfange können und daher, ähnlich wie im Vorjahr, nur mit geringen Lagern in das nächste Jahr hineingehen. Bis dahin dürfte sich allerdings die Einschränkung des Bauvolumens so stark auswirken, daß das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erreicht wird.

Seit einigen Jahren führt die übermäßige Verteuerung von Holz zu einer immer stärkeren Substituierung dieses Materiales durch andere Baustoffe. So werden z. B. immer mehr Fertigteildecken aus keramischem Material oder aus Beton verwendet. Deckenkonstruktionen aus diesen Materialien erfordern nicht nur weniger Arbeit und sind rascher herzustellen, sondern stellen sich auch erheblich billiger.

Von Jänner bis Mai wurden heuer um 22% mehr Baustoffe erzeugt als im Vorjahre. Die Steigerung bei den einzelnen Baumaterialien hielt sich im durchschnittlichen Rahmen. Auch die Ziegelindustrie, die heuer witterungsmäßig eines der schlechtesten Jahre seit Kriegsende hatte — die Trocknung der Rohware in den Freilufttrocknungsanlagen wird heuer durch das feuchte Wetter stark verzögert —, konnte trotzdem die Erzeugung um 22% steigern.

Innerhalb der *holzverarbeitenden Industrie* ist vor allem die Holzfaserplattenindustrie ausgezeichnet beschäftigt. Die Exportquote bei Isolierplatten stieg auf etwa 80%. Hartplatten, die 1953 noch kaum ausgeführt wurden, gehen jetzt ebenfalls, dank bedeutenden Produktionssteigerungen, zu fast 50% in den Export.

Die *chemische Industrie* ist vor allem in der Grundchemie, aber auch in den wichtigsten verarbeitenden Zweigen nach wie vor gut beschäftigt. Der Produktionsindex war heuer in den ersten fünf Monaten um 14% höher als im Vorjahr. In einigen Sparten bereitet die Überkapazität allerdings Sorgen. So z. B. ist die *Lackindustrie* derzeit wegen der starken Baukonjunktur gut beschäftigt, hat aber noch immer reichlich freie Kapazitäten, weil der vor dem Kriege übliche beträchtliche Ostexport bisher aus-

blieb. Die Kapazität der Lackindustrie wird durch die Rückgabe der USIA-Betriebe beträchtlich zunehmen, da 9 Farbfabriken, darunter 5 in Betrieb befindliche Lackfabriken, dazugehören. In der Liste der Reparationslieferungen scheinen jährlich 2.000 Tonnen *Nitrolacke* auf. Offenbar handelt es sich aber dabei um Ware, die schon bisher von USIA-Betrieben bezogen wurde.

Auch die *Bau- und Holzschutzmittelindustrie* (etwa 20 Firmen) ist bei weitem nicht voll ausgelastet. Sie führt dies darauf zurück, daß in Österreich dem Holzschutz — obwohl dieser die Lebensdauer von Holzbauten um ein Vielfaches verlängert — viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die *Bürobedarfsartikelindustrie* ist ebenfalls überbesetzt und nicht voll ausgelastet. Einige gut ausgestattete Firmen exportieren 60% ihrer Produktion und können ihre Anlagen trotzdem nur zu 70% ausnutzen. Auch in dieser Sparte stand ein sehr bedeutender Betrieb, der bisher nur das Inland beliefert hat, unter der Verwaltung der USIA.

In der *Textilindustrie* bleibt die Belegung nach wie vor am schwächsten, weil sich die Nachfrage nicht übermäßig stark entfaltet hat und außerdem die stark gestiegenen Textilimporte den Marktanteil der heimischen Erzeuger beschränkten. Die Wollindustrie konnte von Jänner bis Juni das Vorjahresergebnis bei Wollgarnen um 8% und bei Wollgeweben um 5% überbieten. In der gleichen Zeit stieg in der Baumwollindustrie die Erzeugung von Garnen um 6%, während die Gewebeproduktion um 1% zurückging. Der Anteil der Zellwolle in dieser Sparte hat beträchtlich abgenommen. Stärker zugenommen als der Durchschnitt hat die Erzeugung nur in der Strick- und Wirkwarenindustrie (um 11%) und in der Kunstseidenindustrie (um 44%). Österreich erhält nunmehr auch die Verfügung über seine einzige, bisher sowjetisch verwaltete Kunstseidenfabrik in St. Pölten.

Die *Bekleidungsindustrie* meldet zwar einen guten Geschäftsgang, klagt aber über die sich ständig verschlechternde Ertragslage. Wegen der starken Konkurrenz können Kostenverteuerungen nicht überwältigt werden. Schon im Vorjahre waren viele Betriebe diesen Belastungen nicht gewachsen. 40 Erzeugerbetriebe wurden stillgelegt, 17 gingen in Ausgleich oder meldeten Konkurs an. Zusammen sind das rd. 15% aller Betriebe.

Der Index der *Leder- und Schuhindustrie* ging im Mai saisonbedingt zurück. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1955 war er um 15% höher als im Vorjahre, weil die Schuherzeugung beträchtlich zugenommen hat (um 18%). Vor allem die Inlands-

nachfrage stieg, während im Export — der allerdings nicht sehr bedeutend ist — Rückschläge eintraten. Gewöhnliche Straßenschuhe konnten wegen der hohen Zölle in den westeuropäischen Ländern, nur in Ostdeutschland, Polen und Rumänien abgesetzt werden. Nach dem Westen können nur Spezialschuhe (Skischuhe) und besonders modisches Schuhwerk in geringeren Mengen ausgeführt werden. Unter den Ablöselieferungen für die USIA-Betriebe stehen jährlich Schuhe für 500.000 \$. Dies dürfte als Ersatz für das bisher von der einzigen USIA-Schuhfabrik gelieferte Kontingent gedacht sein.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der Geschäftsgang des *Einzelhandels* entsprach im Juni weitgehend den Saisonerwartungen. Die Umsätze nahmen gegenüber Mai um 4% ab (im Jahre 1953 — auch damals fiel Pfingsten noch in den Mai — um 3%) und waren mengenmäßig um 7% höher als im Vorjahr. Faßt man, um die Saisonverschiebung durch den wechselnden Termin der Pfingstfeiertage auszuschalten, die Monate Mai und Juni zusammen, so lagen die Mengenumsätze trotz äußerst ungünstigem Wetter sogar um 10% über dem Vorjahresstand, gegen nur 7% in den Monaten März und April. Der effektive Zuwachs der Umsätze dürfte noch größer gewesen sein, da der Abverkauf der USIA-Läden beträchtliche Erlöse brachte. Bei diesen billigen Ausverkäufen haben die Konsumenten meist zukünftigen Bedarf vorweggenommen (insbesondere bei Teppichen, Photoapparaten u. a. langlebigen Gütern), so daß die Nachfrage nach diesen Waren in den folgenden Monaten relativ schwach sein wird. Andererseits dürften die Einkäufe der abziehenden Angehörigen der Besatzungstreitkräfte zur Umsatzsteigerung beitragen.

Nach dem leichten Rückgang im I. Quartal ist das *konjunkturelle* Niveau der Einzelhandelsumsätze wieder gestiegen. Infolge des steigenden Trend im Jahre 1954 waren die Umsätze des legalen Handels im II. Quartal 1955 mengenmäßig nur um 9% höher als im Vorjahr, gegenüber 10% im ersten. Verglichen mit 1953 betrug jedoch der Zuwachs im I. Quartal 15%, im II. Quartal aber schon 20%. Die Belegung der Nachfrage geht vor allem auf den neuerlichen Einkommenszuwachs durch Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie die anhaltende Zunahme der Beschäftigung zurück.

Laut Konjunkturtest des Einzelhandels wurden im Juni die Wareneingänge und Bestellungen in den meisten Branchen (Textilien, Schuhe, Lederwaren,

Mengenumsätze des Einzelhandels¹⁾

Branche	IV. Quartal 1954 gegen		I. Quartal 1955 gegen		II. Quartal 1955 gegen	
	1952	1953	1953	1954	1953	1954
	Veränderungen in %					
Lebensmittel	+32'3	+21'0	+22'0	+9'4	+25'8	+10'0
Tabakwaren	— 4'9	—14'1	— 5'7	+16'9	— 3'1	+ 5'6
Textilien	+29'6	+ 7'6	+11'8	+ 6'3	+15'7	+ 5'0
Schuhe	+31'6	+19'3	+ 8'8	+ 5'4	+23'5	+13'4
Möbel und Wohnbedarf	+30'4	+11'3	+20'9	+ 8'3	+34'2	+ 7'5
Sonstiges	+30'2	+14'4	+19'6	+ 9'9	+34'9	+17'4
Insgesamt ...	+25'9	+11'8	+14'7	+ 9'6	+20'4	+ 9'3

¹⁾Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderung mit dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Bücher, Uhren, Gold- und Silberwaren, Fahrzeuge) eingeschränkt und die Lager abgebaut. Dennoch blieben insbesondere im Textil- und Schuhhandel, die infolge des ungünstigen Wetters ein schlechtes Frühjahr- und Sommergeschäft hatten, bedeutende Posten von Saisonware auf Lager. Sie werden bei den Saison-schlußverkäufen im August zu stark reduzierten Preisen angeboten. In einigen Branchen, deren Geschäftsgang vor allem im Sommer relativ gut ist und deren Lager nicht überhöht waren (Möbel, Geschirr, Elektrogeräte, Photogeräte, Papier- und Schreibwaren) haben die Wareneingänge und teilweise auch die Bestellungen meist stärker als die Umsätze zugenommen.

Die einzelnen Betriebsformen und Branchen schnitten im Juni sehr ungleich ab. Die *Warenhäuser* verkauften um 12% weniger als im Mai (1953 um 7%) und um 8% mehr als im Vorjahr. Im Mai und Juni zusammen waren die Umsätze aber um 18% höher als im Vorjahr, während sie im März und April nur um 10% darüber lagen. Die Konsumgenossenschaften setzten um 2% mehr um als im Mai und um 14% mehr als im Vorjahr.

Der Handel mit Textilien und Bekleidung litt im Juni unter dem ungünstigen Wetter. Die Umsätze von *Textilien* nahmen um 18% ab (1953 nur um 9%), besonders weil die Nachfrage nach Meterware und Oberbekleidung stark sank. Dagegen verkauften Geschäfte, die vorwiegend Wäsche, Wirk- und Strickwaren führen, teilweise mehr als im Vormonat. Die Mengenumsätze des Vorjahres wurden um 4% überschritten, im Mai und Juni zusammen sogar um 6%, während sie im März und April nicht ganz erreicht worden waren. *Schuhe* wurden um 22% weniger verkauft als im Mai (1953 nur um 10%) und um 5% weniger als im Vorjahr. Da jedoch die Schuhumsätze im Vormonat relativ günstig waren, wurde in beiden Monaten zusammen das Umsatzvolumen des Vorjahres um 11% übertroffen.

Dagegen schnitt der Handel mit Möbeln und Wohnbedarf, dessen Geschäftsgang schon im Vor-

monat übersaisonmäßig lebhaft war, abermals gut ab. Obwohl der Ausverkauf der USIA-Läden vor allem den Absatz des legalen Teppichhandels stark beeinträchtigte, nahmen die Umsätze von *Möbeln, Teppichen, Gardinen* um 5% zu (1953 um 7%) und waren um 11% höher als im Vorjahr. *Hausrat, Glas und Porzellan* wurde um 6% mehr verkauft als im Mai und um 30% mehr als im Vorjahr. Die Mengenumsätze sind allerdings weniger gestiegen, da sich insbesondere Eßbestecke, Emailgeschirr und andere Metallwaren um 5 bis 10% verteuert haben. In beiden Warengruppen zusammen lagen die Umsätze wertmäßig um 20%, mengenmäßig um 14% über dem Vorjahr.

Die Verkäufe von *Lebensmitteln* gingen saisonbedingt um 2% zurück, waren aber um 7% höher als im Juni 1954, obwohl der Geschäftsgang damals infolge der Pfingstfeiertage relativ günstig war.

Tabakwaren wurden um 5% mehr verkauft als im Mai und um 3% mehr als im Vorjahr. Insgesamt hat die Tabakregie im 1. Halbjahr 1955 Tabakwaren im Werte von 992 Mill. S abgesetzt, um 11% mehr als im Vorjahr, aber — nach Ausschaltung der Preiserhöhung — noch immer um 4% weniger als im Jahre 1953. Dieser Rückgang entfällt auf Zigaretten (—2%) und Rauchtabelle (—9%). Nach dem Verbrauch der beim Ausverkauf der USIA-Läden angelegten Vorräte, dürfte aber künftig der Zigarettenabsatz den Stand von 1953 sogar übersteigen.

Inlandsabsatz von Tabakwaren¹⁾

	1953	1. Halbjahr 1954	1955	1955 in % von 1953	von 1954
Zigaretten, Mill. St	3.324'5	2.259'3	3.906'3	98'0	112'1
Zigarren, Mill. St	33'5	33'7	37'4	111'6	111'0
Rauchtabelle, f	633'6	603'7	576'2	90'9	95'4
Wertumsätze, insg. Mill. S	906'8	897'4	992'2	109'4	110'6

¹⁾ Nach Angaben der Austria Tabakwerke A.G.

In der Gruppe „*Sonstiges*“ nahmen die Umsätze saisongemäß um 7% zu und waren wertmäßig um 19%, mengenmäßig um 16% höher als im Vorjahr. Lederwaren (+12%), Papierwaren (+8%), Bücher (+11%) und Photogeräte (+13%) wurden mehr, Parfumerie- und Drogeriewaren gleich viel, Uhren, Gold- und Silberwaren aber weniger gekauft als im Mai.

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) nahm im Mai um 7% auf 568 Mill. S zu und war um 22% höher als im Vorjahr. Infolge geringerer Rückvergütung war der Nettoertrag sogar um 14% höher als im Mai, aber nur um 21% höher als im Vorjahr. Demgegenüber

sind die Einzelhandelsumsätze im Mai um 5% zurückgegangen. Der unterschiedliche Verlauf dürfte teils auf Nachtragszahlungen (im April stiegen die Einzelhandelsumsätze stärker als die Umsatzsteuereingänge im Mai), teils auf den abweichenden Geschäftsgang in den anderen Wirtschaftszweigen beruhen.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Juni 197 Mill. S ein, um 13% mehr als im Vormonat und um 14% mehr als im Vorjahr. Gegen Mai ist vor allem der Ertrag der Bier- (+ 38%) und der Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag + 22%) saisonbedingt gestiegen. Aber auch die Einnahmen an Tabaksteuer nahmen um 4% zu. Der Verbrauchssteuernzuwachs gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rund 24 Mill. S entfällt hauptsächlich auf die Mineralölsteuer, deren Ertrag infolge des erhöhten Verkehrs um 17 Mill. S oder 35% stieg (einschließlich Bundeszuschlag). Die Tabaksteuer brachte um 6 Mill. S (+ 6%), die Biersteuer um 4,5 Mill. S (+ 20%) und die Weinsteuer um 0,8 Mill. S (+ 16%) mehr ein. Der Ausfall durch die Aufhebung der acht Verbrauchssteuern betrug dagegen 3,7 Mill. S (– 85%).

Die Zunahme der Einkommen und die rege Werbetätigkeit haben die Nachfrage nach *Milch und Molkereiprodukten* in letzter Zeit sehr belebt. Im 1. Halbjahr 1955 wurden um 4% mehr Trinkmilch, um 10% mehr Butter, um 14% mehr Käse, um 16% mehr Sauerrahm und um 22% mehr Schlagobers verbraucht als vor einem Jahr. Obwohl die Marktleistung an Milch um 3% geringer war, konnte der gesteigerte Bedarf dadurch gedeckt werden, daß die Einfuhr von Molkereiprodukten erhöht und die Ausfuhr stark gedrosselt wurde. Im 1. Halbjahr 1955 wurden um 848 t mehr Butter und um 207 t mehr Käse ein- als ausgeführt, während im 1. Halbjahr 1954 ein Ausfuhrüberschuß von 1.299 t Butter und 668 t Käse erzielt wurde.

Marktproduktion und Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten¹⁾

	1. Halbjahr 1954	1955	1955 gegen 1954 Veränderungen in %
Marktproduktion			
Milch	581.198	564.127	– 2,9
Butter	10.891	9.429	– 13,4
Käse	7.506	7.582	+ 1,0
Topfen	3.985	3.721	– 6,6
Absatz			
Trinkmilch	253.659	262.603	+ 3,5
Butter	9.096	10.019	+ 10,2
Käse ²⁾	6.838	7.789	+ 13,9
Schlagobers	1.168	1.429	+ 22,4
Sauerrahm	1.646	1.909	+ 16,0

¹⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds. Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Schätzung. Berechnet aus Marktproduktion + Einfuhr- bzw. Ausfuhrüberschuß.

Entwicklung der Zahl der gewerblichen Betriebe seit Aufhebung des Untersagungsgesetzes

Die Änderung des Gewerberechtes ab 1. Jänner 1953 ließ viele Wirtschaftstreibende befürchten, daß durch einen sprunghaften Anstieg der Neugründungen von Firmen und Betrieben der Wettbewerb stark zunehmen werde. Nun hat zwar die Gewerberechtsnovelle 1952 die fachliche Auslese verschärft, indem die vorgeschriebenen Beschäftigungszeiten von 5 auf 7 Jahre (großer Befähigungsnachweis) bzw. von 3 auf 4 Jahre (kleiner Befähigungsnachweis) erhöht wurden. Außerdem wurde i. J. 1953 der Gewerbeantritt vorübergehend zum Schutz der bestehenden Betriebe dadurch erschwert, daß die zum Befähigungsnachweis erforderliche Beschäftigungszeit allgemein um ein Jahr erhöht, die Bedarfsprüfung nach dem Untersagungsgesetz bei juristischen Personen und Filialunternehmen beibehalten und die Errichtung von Handwerksbetrieben zusätzlich vom Nachweis einer einjährigen Gesellenzeit nach der Meisterprüfung abhängig gemacht wurde. Die Prüfung des Lokalbedarfes und der Wettbewerbsverhältnisse, die seit 1934 die Errichtung neuer Betriebe oder die Erweiterung bestehender sehr erschwerte und oft unmöglich machte, wurde aber grundsätzlich abgeschafft. Jeder, der die fachlichen Voraussetzungen erfüllt und ein Betriebslokal besitzt, kann nunmehr einen Betrieb eröffnen.

Die erwartete *Zunahme* der Zahl der Betriebe trat aber nicht ein. Die Zahl der Kammermitglieder¹⁾ sank von rund 315.000 Ende 1952 auf 303.000 Ende 1954 (– 4%). Die Zahl der Fachgruppenmitglieder¹⁾ nahm zwar von 1952 auf 1953 leicht zu (um 2.000 oder 0,4%), im folgenden Jahr ging sie jedoch wieder um 9.500 oder 2% zurück. Dadurch wurden Ende 1954 um 7.600 oder 1,7% weniger Fachgruppenmitglieder gezählt als vor der Aufhebung des Untersagungsgesetzes.

¹⁾ Die Statistik der *Kammermitglieder* gibt ziemlich genau die Zahl der Unternehmer (ohne Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen und Branchen) wieder. Doppelzählungen durch die Mitgliedschaft bei mehreren Sektionen oder Fachgruppen sind hier ausgeschaltet. Da die Zählung länderspezifisch durchgeführt wird, können sich jedoch regionale Doppelzählungen ergeben, wenn ein Mitglied Berechtigungen in mehreren Bundesländern besitzt. Diese Fälle sind aber relativ selten. Die Statistik der *Fachgruppenmitglieder*, die nach Wirtschaftszweigen, Branchen und Bundesländern gegliedert wird, enthält zahlreiche Doppelzählungen (insbesondere im Handel durch die Zugehörigkeit zu mehreren Gremien) und erfaßt in der Regel nicht die Filialbetriebe, da sie meist keine neue Mitgliedschaft begründen. In beiden Fällen ist die Mitgliedschaft unabhängig von der tatsächlichen Ausübung der Gewerbeberechtigung. Trotz ihrer Schwächen erlauben jedoch diese Statistiken gewisse Rückschlüsse auf die *Veränderungen* der Zahl der Unternehmer und Betriebe.

Der Rückgang entfällt vor allem auf das Gewerbe (10.700 oder 6%) und auf Verkehrsbetriebe (500 oder 3%), während in Handel, Industrie, Fremdenverkehr, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen die Zahl der Fachgruppenmitglieder noch geringfügig (im Durchschnitt um 1%) höher war als Ende 1952. Allerdings nehmen auch in den meisten dieser Zweige die Stammbetriebe seit 1953 leicht ab.

Anzahl der Fachgruppenmitglieder in Österreich¹⁾

Sektion	1952	1953	1954	1954 in % von 1952
Gewerbe	173.638	171.249	162.891	93'8
Industrie	12.662	12.901	12.770	100'9
Handel	197.192	200.738	199.975	101'4
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen ..	3.179	3.200	3.190	100'3
Verkehr	17.244	17.160	16.780	97'3
Fremdenverkehr	46.100	46.700	46.800	101'5
Insgesamt ...	450.015	451.948	442.406	98'3

¹⁾ Nach der Statistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Die Verminderung der Betriebe ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Gründungstätigkeit durch Kapitalmangel, vielfach noch ungünstige Konjunkturlage, pessimistische Beurteilung der Geschäftsaussichten und allgemein geringere Neigung zu selbstständigen Berufen sehr stark gehemmt war, während andererseits die *Betriebslösungen stark zunahmen* und die Neugründungen weit überschritten. So wurden i. J. 1954 (für 1953 liegen keine vollständigen Angaben vor) insgesamt 18.900 Gewerbeberechtigungen für Stammbetriebe angemeldet aber 25.600 gelöscht¹⁾. Dagegen haben die Filialbetriebe, deren Errichtung i. J. 1953 praktisch gesperrt war, um 1.200 (im Handel um 640, im Gewerbe um 430, in der Industrie um 110) zugenommen. Trotzdem ist die Gesamtzahl der Betriebe (Stamm- und Filialbetriebe) in einem Jahr um 5.500, d. s. etwa 1'5% des Bestandes gefallen. Der Rückgang erstreckt sich auf alle Bundesländer, angenommen Salzburg und Tirol, wo die wirtschaftliche Lage durch den Fremdenverkehr sehr begünstigt war. Hier übertrafen die Neugründungen knapp die Lösungen. *Besonders stark ist die Zahl der Gewerbebetriebe gesunken* (um 6.200 oder etwa 4% des Bestandes), während Handel, Industrie, Fremdenverkehr, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen hauptsächlich infolge der steigenden Zahl von Filialbetrieben einen leichten Betriebszuwachs (von 20 bis 400 Betriebe) hatten. Im Verkehrsgewerbe verminderte sich die Zahl der Betriebe um 170 oder etwa 1% des Bestandes.

¹⁾ Der Rückgang der Gewerbeberechtigungen für Stammbetriebe (6.700) ist beachtlich geringer als der der Fachgruppenmitglieder (9.500), vor allem weil in der Statistik der Fachgruppenmitglieder viele ausscheidende Mitglieder mehrfach gezählt sind.

Die Aufhebung des Untersagungsgesetzes hat aber neben der Errichtung von Filialbetrieben auch die Erweiterung bestehender Betriebe sehr gefördert. Im Jahre 1954 ist die Zahl der Zusatzberechtigungen um 6.600 gestiegen, davon allein im Handel um 4.800 und im Fremdenverkehr um 1.200. Dadurch ist es vielen Unternehmern möglich geworden, Saison- und Konjunkturschwankungen teilweise auszugleichen.

Neuanmeldungen und Lösungen von Gewerbeberechtigungen im Jahre 1954¹⁾

Sektion	Stamm- betriebe	Filial- betriebe	Zusatz- berechti- gungen	Pacht- berechti- gungen	Insgesamt
Neuanmeldungen					
Gewerbe.....	7.587	723	2.185	260	10.755
Industrie.....	435	209	267	28	939
Handel.....	7.500	822	7.054	400	15.776
Geld-, Kredit- und Ver- sicherungswesen	25	3	3	—	31
Verkehr	948	12	675	194	1.829
Fremdenverkehr	2.367	21	1.522	1.072	4.982
Insgesamt	18.862	1.790	11.706	1.954	34.312
Lösungen					
Gewerbe.....	14.258	293	1.892	109	16.552
Industrie.....	446	98	184	31	759
Handel.....	7.767	178	2.292	332	10.569
Geld-, Kredit- und Ver- sicherungswesen	10	—	4	—	14
Verkehr	1.132	2	371	73	1.578
Fremdenverkehr	1.984	17	354	687	3.042
Insgesamt	25.597	588	5.097	1.232	32.514
Zuwachs (+) bzw. Abnahme (—)					
Gewerbe.....	— 6.671	+ 430	+ 293	+ 151	— 5.797
Industrie.....	— 11	+ 111	+ 83	— 3	+ 180
Handel.....	— 267	+ 644	+ 4.762	+ 68	+ 5.207
Geld-, Kredit- und Ver- sicherungswesen	+ 15	+ 3	— 1	—	+ 17
Verkehr	— 184	+ 10	+ 304	+ 121	+ 251
Fremdenverkehr	+ 383	+ 4	+ 1.168	+ 385	+ 1.940
Insgesamt.....	— 6.735	+ 1.202	+ 6.609	+ 722	+ 1.798

¹⁾ Nach der Statistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Die zahlreichen Lösungen von Gewerbeberechtigungen sind hauptsächlich durch die *Altersstruktur* der Gewerbetreibenden bedingt. Ende 1952 waren rd. 27% der Kammermitglieder²⁾ über 60 Jahre alt; 57% entfielen auf die mittleren Altersklassen von 40 bis 60 Jahren und nur 16% waren junge Leute bis 40 Jahre. Die Einführung der Altersunterstützung für Gewerbetreibende und die geringe Rentabilität der Betriebe veranlaßte viele alte Unternehmer, ihre Gewerbeberechtigung zurückzulegen. Nur ein Teil dieser Betriebe wurde von jüngeren Leuten übernommen. Ende 1954 betrug die Zahl der Empfänger von Altersunterstützungen rund 20.000, während sich die Zahl der Kammermitglieder von 1952 auf 1954 um 12.000 verminderte.

²⁾ Die Altersgliederung der Kammermitglieder, die nur für 1952 vorliegt, bezieht sich nur auf natürliche Personen. Auf sie entfallen 94% der gesamten Mitglieder.

Besonders überaltert ist das *Gewerbe*. 28% der Gewerbetreibenden waren über 60, 9% über 70 Jahre alt. Der Anteil der jungen Meister betrug nur 14%. Bei den Musikinstrumentenerzeugern, Drechslern, Lederwarenerzeugern, Müllern, Bürsten- und Pinselmachern, Hut- und Schirmmachern, Schuhmachern, Malern und Anstreichern, war sogar im Durchschnitt ein Drittel der Mitglieder über 60 Jahre alt, davon allein 10 bis 14% über 70 Jahre. Es ist daher kein Zufall, daß die Zahl der Unternehmer in diesen Zweigen überdurchschnittlich abgenommen hat. Von Ende 1952 bis 1954 ist nach der Statistik der Fachgruppenmitglieder die Zahl der Schuhmacher um 2.243 (16%), Bürsten- und Pinselmacher um 81 (15%), Drechsler um 151 (14%), Hut- und Schirmmacher um 315 (14%), Musikinstrumentenerzeuger um 38 (10%), Maler, Anstreicher um 422 (9%), Lederwarenerzeuger um 244 (9%), Müller um 275 (8%) gesunken. Vielfach hat aber auch die wachsende Konkurrenz der Industrie und die z. T. ungünstige Konjunkturlage kleine ältere Handwerker gezwungen, ihren Betrieb aufzugeben. So ist die Zahl der Kleidermacher, obwohl der Anteil der alten Meister unter dem Durchschnitt lag, von 1952 bis 1954 um 3.170 oder 14% gefallen. Ähnlich war es bei den Wagnern, Faßbindern und Korbflechtern. Dagegen ist in den konjunkturbegünstigten Gewerbebranchen, wie Bau- und Bauhilfsgewerbe, Gas- und Wasserleitungsinstituteure trotz teilweise starker Überalterung die Zahl der Mitglieder um 3 bis 9% gestiegen. Aber auch in verschiedenen Gewerben der Gesundheitspflege, wie Zahntechniker, Optiker, Bandagisten und Orthopäden, deren Geschäftsgang vermutlich von der wachsenden Beschäftigung profitiert, nahm die Zahl der Betriebe in den letzten 2 Jahren um 8 bis 11% zu.

Altersstruktur der Mitglieder der Sektion Gewerbe¹⁾
(Stand 31. Dezember 1952)

Gewerbeart	bis 40 Jahre	40—60 Jahre	60—70 Jahre	über 70 Jahre
	Anteil der Altersgruppen an der Gesamtzahl der Mitglieder ²⁾ in %			
Gewerbe insgesamt.....	14'4	58'0	18'8	8'8
darunter				
Baugewerbe	11'4	54'7	22'7	11'2
Maler, Anstreicher	16'2	53'4	21'2	9'2
Bauhilfsgewerbe	17'5	59'6	16'1	6'8
Wagner und Wagenbauer	10'7	63'3	18'5	7'5
Faßbinder, Korbflechter	12'7	60'1	20'4	6'8
Drechsler	10'0	55'1	22'1	12'8
Bürsten- und Pinselmacher	12'7	55'2	21'0	11'1
Gas- u. Wasserleitungsinstituteure	10'4	59'9	19'2	10'5
Elektriker	15'7	63'8	15'5	5'0
Musikinstrumentenerzeuger	6'9	54'2	24'6	14'3
Lederwarenerzeuger	11'1	55'9	22'2	10'8
Schuhmacher	8'9	61'4	19'9	9'8
Hut- und Schirmmacher	11'2	57'5	20'1	11'2
Kleidermacher	15'0	59'9	17'6	7'5
Müller	10'3	56'5	21'9	11'3
Optiker	12'8	57'4	19'1	10'6
Zahntechniker	24'6	61'5	12'3	1'6
Bandagisten, Orthopäden	10'2	60'1	20'3	9'4

¹⁾ Nach der Statistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. — ²⁾ Nur natürliche Personen.

Im *Verkehr* hat von 1952 bis 1954 vor allem die Zahl der Lastfuhrwerksunternehmer abgenommen (um 662 oder 7%), und zwar durch Stilllegung von Pferdefuhrwerksbetrieben, die der Konkurrenz der motorisierten Betriebe nicht gewachsen sind. Aber auch die Zunahme betriebseigener Lastkraftwagen macht viele Lastfuhrwerksbetriebe,

die in den ersten Nachkriegsjahren entstanden sind, unrentabel. Dadurch hat sich die Übersetzung in diesem Gewerbebranchen wieder gemildert. Die Garagen- und Tankstellenunternehmer nahmen dagegen mit der steigenden Motorisierung um 185 (12%) zu.

Der Zuwachs der *Handelsbetriebe* seit 1952 erstreckt sich hauptsächlich auf Zweige, die auch schon bisher relativ stark besetzt waren. Die Zahl der Fachgruppenmitglieder nahm im Großhandel mit Lebens- und Genußmitteln sowie im Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Elektrowaren um je 7%, im Handel mit Möbeln, Autos, Leder- und Galanteriewaren, Papier, Eisen- und Metallwaren, Holz- und Baustoffen, Maschinen und den Konsumgenossenschaften um je 4 bis 6% zu. Dagegen wurden im Handel mit Alt- und Abfallstoffen, im Wein- und Spirituosengroßhandel, im Handel mit Häuten, Fellen und Leder Ende 1954 um 6 bis 10% weniger Mitglieder gezählt. In den meisten übrigen Branchen hat sich der Bestand nur geringfügig verändert.

Im *Fremdenverkehr* ist die Zahl der Betriebe in allen Zweigen ziemlich gleichmäßig gestiegen (um 1 bis 2%). Nur die Reisebüros haben infolge der steigenden Nachfrage nach Reisearrangements, insbesondere ins Ausland, um 13% zugenommen.

Von einigen Branchen des Handels und des Fremdenverkehrs abgesehen hat sich somit der Wettbewerb seit Aufhebung des Untersagungsgesetzes durch die Zunahme der Zahl der Betriebe im allgemeinen kaum verschärft. Dagegen ist der Konkurrenzdruck durch das Vordringen größerer Betriebe gestiegen. Die Zunahme der Filialbetriebe, die Ausweitung bestehender Betriebe durch Zusatzberechtigungen für andere Branchen sowie die große Zahl von Löschungen, die sich vor allem auf kleine Gewerbebetriebe erstreckt, deuten darauf hin, daß der Anteil der größeren Betriebe allmählich wächst. Da diese Betriebe meist rationeller arbeiten (größerer Einkauf, kürzere Lagerdauer, bessere Ausnutzung der Kapazitäten und Beschäftigten u. ä.), oder überhaupt durch industrielle Ausrüstung dem Gewerbe überlegen sind, können sie knapper kalkulieren, günstigere Preise bieten, mehr werben, und den Kunden stärker entgegenkommen. Infolge ihres wachsenden Gewichtes wirken sie in zunehmendem Maße „*richtunggebend*“. Sie zwingen dadurch auch die kleineren Betriebe zu rationalisieren und billiger anzubieten, um den Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften und die Knappheit an voll einsatzfähigen Stellensuchenden, besonders an Männern, kennzeichnet weiterhin die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung nimmt zwar noch zu; sie stieg im Mai um 52.400, im Juni um 19.800 und im Juli um 14.200.

Die Zunahmen werden aber nicht nur wie stets im Sommer von Monat zu Monat kleiner, sondern bleiben auch immer mehr hinter den Zunahmen des Vorjahres zurück. Im Mai stieg die Zahl der Beschäftigten noch etwas stärker als im Mai 1954; im Juni erreichte die Zunahme aber nur noch 82%, im Juli 64% der vorjährigen Steigerung. Noch mehr verlangsamte sich die Abnahme der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden sank im Mai um 33.500 oder 91% der Abnahme im Mai 1954, im Juni nur mehr um 10.700 oder 49%, im Juli um 5.000 oder 47% der Abnahmen im Juni und Juli 1954¹⁾.

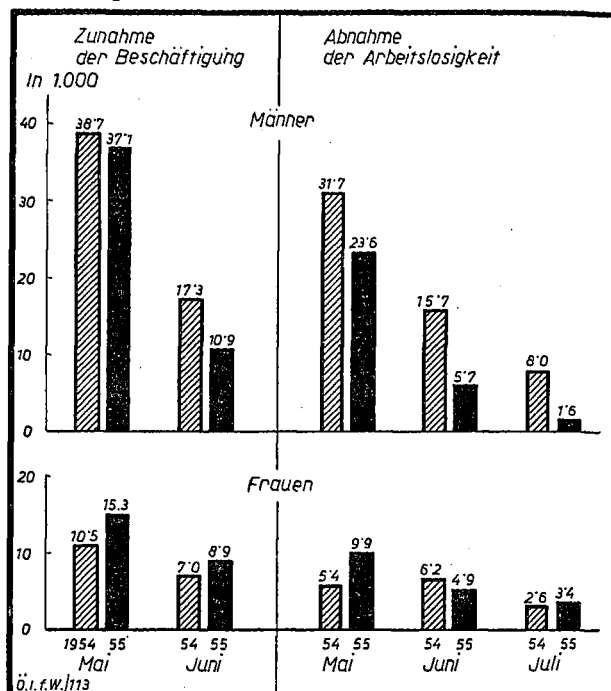
Diese Gesamtzahlen verdecken die sehr unterschiedliche Bewegung bei Männern und bei Frauen. Die Zahl der männlichen Beschäftigten nahm bereits im Mai um weniger zu als im Vorjahr, erreichte aber doch noch 96% der damaligen Zunahme, im Juni nur mehr 63%. Die Zahl der weiblichen Beschäftigten hingegen erhöhte sich sowohl im Mai als auch im Juni (um 47% und 26%) stärker als im Vorjahr. Die Abnahme der Zahl der stellensuchenden Männer und Frauen war mit fast 5.000 im Juli 1955 schwächer als im Juli irgend eines Jahres seit 1950, mit Ausnahme des Krisenjahres 1952; die der männlichen Stellensuchenden allein aber (mit weniger als 1.600) sogar schwächer als damals. Dagegen ging die Zahl der stellensuchenden Frauen (um fast 4.000) stärker zurück als jemals im Juli. Sie war um 27% und 95% höher als im Juli 1954 und 1951 und mehr als doppelt so hoch wie im Juli 1953. Die Frauenarbeitslosigkeit sank erstmals unter das Niveau des Jahres 1950, das die Männerarbeitslosigkeit bereits im August 1954 unterschritten hatte.

Der Zustrom von neuen Arbeitskräften, der um die Zeit des Schulschlusses und in den darauffolgenden Monaten stets ziemlich hoch ist, war im Juli mit 9.300 um 2.500 schwächer als im Vorjahr (er war aber im Juni um 6.800 stärker gewesen). Das Arbeitskräfteangebot erreichte Ende Juli mit 2.201.300 einen neuen Höchststand.

Das Angebot an offenen Stellen bei den Arbeitsämtern entwickelt sich seit Ende Mai etwas ungünstiger als im Vorjahr. Es nahm im Juni hauptsächlich infolge des besonders starken Kräftebedarfes der Bauwirtschaft (die die Rekordbeschäftigung des Jahres 1951 erreicht haben dürfte) zwar noch zu, aber schwächer (um 738 gegen 1.493) als im Juni 1954. Im Juli nahm es saisonbedingt wieder ab, und zwar stärker (um 2.008 gegen 1.312) als im Juli des Vorjahres. Auch hier ist die Entwicklung nur bei den Männern ungünstiger. Es ist möglich, daß sich in der Ver-

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im Mai, Juni und Juli

(Normaler Maßstab; in 1.000)



Die Arbeitslosigkeit sank in den letzten Monaten bei Männern und Frauen verschieden stark. Die Beschäftigung der Männer konnte infolge der Knappheit an geeigneten Arbeitskräften nur noch wenig erhöht werden. Die Zahl der männlichen Stellensuchenden sank daher in den Monaten Mai, Juni und Juli nur um insgesamt 30.900, gegenüber 55.200 im Jahre 1954. Die Arbeitskraftreserve an Frauen war dagegen noch groß genug, die Nachfrage zu befriedigen. Die Zahl der weiblichen Stellensuchenden ging daher mit 18.200 sogar stärker zurück als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

ringerung des Stellenangebotes im Juli bereits die konjunkturdämpfenden Maßnahmen der Regierung, besonders im Bausektor, die Anfang Juli beschlossen wurden, auswirken²⁾. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Verminderung des Stellenangebotes, die schon im Mai einsetzte, darauf zurückzuführen ist, daß sich die Unternehmungen heuer weniger als im Vorjahr an die Arbeitsämter wenden, da es diesen vielfach nicht mehr möglich ist, geeignete männliche und manchmal auch weibliche Arbeitskräfte zu vermitteln. Die Zahl der offenen Stellen lag trotzdem Ende Juli um 9.325 (48%) höher als vor einem Jahr, bei den Männern mit 21.985 um 56%, bei den Frauen mit 6.587 um 28%. Ende Juni gab es für 4.284 männliche arbeitslose Bauarbeiter, darunter 1.223 voll einsatzfähige, 11.512 offene Stellen.

²⁾ Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft berichtet, daß seit dem Einsetzen der Baurestriktionen die Kapazität des Lastfuhrwerksgewerbes in Wien und im Burgenland keineswegs ausgelastet ist.

¹⁾ Alle Zahlen für Juli 1954 sind vorläufig.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Juni um 19.800 (0·9%) auf 2,115.400, im Juli um 14.200 (0·7%) auf 2,129.700. Ende Juli gab es um 98.500 mehr Beschäftigte als vor einem Jahr, Ende Juni waren es 106.700, Ende Mai 111.200 gewesen. Wie der Hauptverband der Sozialversicherungsträger mitteilt, verteilte sich die Zunahme der Beschäftigung der Jahreszeit entsprechend im wesentlichen auf Baugewerbe, Fremdenverkehrsgewerbe, Holzindustrie und Nahrungs- und Genußmittelerzeugung.

Ebenso wie im Mai stieg auch im Juni die Zahl der beschäftigten Männer schwächer, die der beschäftigten Frauen stärker als im Vorjahr. Von Ende Jänner, dem tiefsten Stand dieses Jahres, bis Ende Juni nahm die weibliche Beschäftigung um 50.200 zu gegen 38.500 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die männliche aber nur um 131.800 gegen 158.300.

Die Land- und Forstwirtschaft stellte im Juni etwas mehr Arbeitskräfte ein als im Vorjahr (1.300 gegen 700). Die Zunahme im Juli war jedoch nach vorläufigen Meldungen besonders schwach.

Ende Juni beschäftigte die Land- und Forstwirtschaft 113.500 Männer und 89.500 Frauen, um 6.700 Männer und 2.900 Frauen weniger als vor einem Jahr. Der Anteil der Männer an der Beschäftigung ist daher seit Mitte 1954 stärker zurückgegangen als der der Frauen. In Jahren guter Baukonjunktur ist es nämlich für Männer leichter als für Frauen aus der Landwirtschaft in die gewerbliche Wirtschaft hinüberzuwechseln, in Jahren schlechter Baukonjunktur aber schwerer als für die Frauen. Über einen längeren Zeitraum, wie etwa von Mitte 1950 bis Mitte 1955, haben sich daher die relativen Anteile der Männer und Frauen an der land- und forstwirtschaftlichen Beschäftigung kaum verschoben. Der Anteil der Frauen betrug Mitte 1950 44·2%, Mitte 1955 44·1%. In diesem Zeitraum verlor die Land- und Forstwirtschaft 17.800 männliche und 14.700 weibliche Arbeitskräfte.

Die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft nach Männern und Frauen

Zeit	Männer		Frauen		Insgesamt
	in 1.000	in % d. ges. Beschäftigung	in 1.000	in % d. ges. Beschäftigung	
Ende Juni 1950	131·3	55·8	104·2	44·2	235·5
Ende Juni 1951	124·2	55·2	100·9	44·8	225·1
Ende Juni 1952	121·5	55·4	97·8	44·6	219·3
Ende Juni 1953	122·8	56·3	95·5	43·7	218·3
Ende Juni 1954	120·2	56·5	92·4	43·5	212·6
Ende Juni 1955	113·5	55·9	89·5	44·1	203·0

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Die gewerbliche Wirtschaft erhöhte ihren Beschäftigtenstand im Juni nur um 18.200 gegen 22.300

im Vorjahr. Die Zunahme im II. Quartal war bei den Arbeitern mit 93.400 um 4.900 kleiner, bei den Arbeiterinnen mit 18.300 um 4.900 größer als im II. Quartal 1954. Die Zahl der Angestellten erhöhte sich mit 5.900 um 1.900 mehr und war sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen stärker. Seit 1950 hat sich die Zahl der männlichen Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft um 80.000, die der weiblichen etwas stärker, um 84.200 erhöht. Der Anteil der Frauen an der Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft blieb relativ konstant. Er stieg während der Koreahausse nur von 33·6% Mitte 1950 auf 33·9% Mitte 1951 und sank im Krisenjahr 1952 auf 33·6% zurück; in den Jahren 1953 und 1954 betrug er 34·5% und erhöhte sich erst im letzten Konjunkturjahre wieder auf 35·4%.

Die Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft nach Männern und Frauen

Zeit	Männer		Frauen		Insgesamt
	in 1.000	in % d. ges. Beschäftigung	in 1.000	in % d. ges. Beschäftigung	
Ende Juni 1950 ...	980·6	66·4	495·9	33·6	1.476·5
Ende Juni 1951 ...	1.009·8	66·1	517·6	33·9	1.527·4
Ende Juni 1952 ...	991·4	66·4	502·6	33·6	1.494·0
Ende Juni 1953 ...	964·5	65·5	507·3	34·5	1.471·8
Ende Juni 1954 ...	1.002·8	65·5	528·5	34·5	1.531·3
Ende Juni 1955 ...	1.060·6	64·6	580·1	35·4	1.640·7

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Die Zahl der Arbeitnehmer in 1.678 repräsentativen Groß- und Mittelbetrieben stieg ebenso wie die Gesamtbeschäftigung von Anfang Mai bis Anfang Juni stärker als im Jahre 1954, nämlich um 1·2% gegen 1·0%. Auffallend stark erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer in der Stein-, Ton- und Erdenindustrie, die im Vormonat (wohl witterungsbedingt) nur sehr wenig zugenommen hatte. Sehr viel schwächer als im Vorjahr und in allen Jahren seit 1950 stieg erstmals die Beschäftigung in der Eisen- und Metallindustrie, während die Holzindustrie noch immer mehr neue Arbeiter aufnahm als im Jahre 1954 (aber nicht mehr ganz so viel wie im Jahre 1951). Der saisonbedingte Rückgang der Beschäftigung in der Bekleidungsindustrie — im Vormonat hatte sich die Beschäftigung in diesem Wirtschaftszweig entgegen den Saisonserwartungen noch leicht belebt — war mit 0·3% gegen 2·3% im Vorjahr außergewöhnlich schwach.

Die Beschäftigungsstände von Anfang Juni sind in allen Branchen höher als im Juni 1954. Die relative Zunahme war am größten (mit 12·4%) in der Bekleidungsindustrie, die ihren Absatz sowohl im Ausland als auch im Inland (zum Teil auf Kosten des inländischen Gewerbes) erweitern konnte. Erst dann

folgten die Eisen- und Metallindustrie (mit 10·8%) und die Holzindustrie (mit 9%). Die Erhöhung in der chemischen Industrie und im Handel liegt nur wenig über der durchschnittlichen Beschäftigungsausweitung in den 1.678 Betrieben insgesamt (von 6·9%), während Bergbau (+1·6%), graphische Industrie (+1·7%) sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrie (+1·8%) und auffallenderweise auch die Steinindustrie (+2·2%) nur sehr geringe Steigerungen aufweisen.

Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum, etwa seit Juni 1950, unmittelbar vor Ausbruch der Koreakrise, so ergibt sich bei einer durchschnittlichen Erhöhung der Beschäftigungsstände um 10·6% der stärkste Zuwachs bei den E-Werken (+21·5%), der Bekleidungsindustrie (+18·9%), der Papierindustrie (+16·7%) und dem Handel (+16·3%). Erst dann folgen Eisen- und Metallindustrie (+14·9%), chemische Industrie (+14·3%) und Holzindustrie (+11·9%). Die Zahl der Arbeitnehmer in der Leder- und Textilindustrie ist noch immer (um 1·6% und 0·8%) niedriger als 1950 und ebenso wie in der Steinindustrie auch noch niedriger als 1951. Bergbau, E-Werk, Nahrungs- und Genußmittelindustrie und Handel haben ihre Beschäftigungsstände seit 1950 fast stetig ausgeweitet.

Die Beschäftigung in 1.678 repräsentativen Betrieben

Wirtschaftszweig ¹⁾	1950	1951	Juni		1954	1955
			1952	1953 1950 = 100		
Bergbau, Salinen	100·0	105·7	108·4	107·9	108·2	109·9
Industrie in Steinen, Erden und Glas	100·0	105·8	104·8	98·2	102·3	104·5
Elektrizitätswerke	100·0	102·2	104·4	109·0	112·2	121·5
Eisen- und Metallindustrie	100·0	103·2	104·6	100·2	103·7	114·9
Holzindustrie	100·0	110·2	100·3	99·5	102·7	111·9
Lederindustrie	100·0	102·0	97·1	101·1	96·6	98·4
Textilindustrie	100·0	106·7	97·8	94·9	95·7	99·2
Bekleidungsindustrie	100·0	107·5	96·8	103·2	105·8	118·9
Papierindustrie	100·0	109·6	111·4	107·3	112·2	116·7
Graphische Industrie	100·0	100·6	99·8	96·9	100·4	102·2
Chemische Industrie	100·0	104·3	99·3	100·2	106·7	114·3
Nahrungsmittelindustrie	100·0	103·0	101·7	104·4	105·7	107·6
Handel	100·0	99·2	102·2	105·0	108·7	116·3
Insgesamt	100·0	104·4	102·6	100·5	103·5	110·6

Q: Arbeiterkammer für Arbeiter und Angestellte in Wien. — ¹⁾ Ohne Baugewerbe und Hotel- und Gastgewerbe.

Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden sank im Juni um 10.700 (12·2%) auf 76.600, im Juli um 5.000 (6·5%) auf 71.600. Ende Juli gab es um 38.300 (34·8%) vorgemerkte Stellensuchende weniger als im Vorjahr, Ende Juni waren es noch 44.000, Ende Mai 55.300 gewesen. Der Abstand gegenüber dem Vorjahr hat sich jedoch fast ausschließlich bei den Männern verringert, und zwar von 39.000 Ende Mai auf 22.600 Ende Juli. Die Frauenarbeitslosigkeit dagegen sinkt noch fast so rasch wie im Vorjahr. Ende Mai gab es um 16.200, Ende Juli um 15.700

weibliche Stellensuchende weniger als zu den gleichen Zeitpunkten des Jahres 1954. Die Rate der Arbeitslosigkeit sank im Juli von 3·5% auf 3·3% (im Vorjahr von 5·7% auf 5·1%); sie betrug Ende Juni bei den Männern 1·9% (Juni 1954 4·0%), bei den Frauen 6·4% (Juni 1954 8·8%).

In den konjunkturbegünstigten Berufen der Bau-, Metall- und Holzarbeiter nahm auch im Juli die Arbeitslosigkeit schwächer ab als im Vorjahr. Die Abnahme betrug bei den Bauarbeitern nur noch 649 Personen, weniger als ein Viertel der Abnahme im Juli 1954, bei den Metallarbeitern 321, weniger als ein Fünftel und bei den Holzarbeitern 147, weniger als ein Sechstel. Auch die Abnahme bei den gastgewerblichen Arbeitern, die im Mai noch beträchtlich größer gewesen war als im Vorjahr, wurde nunmehr kleiner. Obwohl Ende Juli noch 3.111 stellensuchende Hotel- und Gaststättenarbeiter vorgemerkt waren, wird der Mangel an gutem Küchen- und Servierpersonal immer fühlbarer.

In der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den übrigen Berufsklassen, über die bereits Meldungen für Juli vorliegen, läßt sich keine einheitliche Tendenz erkennen. Die Arbeitslosigkeit in den Textilberufen, die im Mai und Juni ungefähr ebenso stark gesunken war wie im Jahre 1954, ging im Juli schwächer zurück. Hingegen war die Entwicklung bei den Hilfsarbeitern wechselnder Art günstiger — hier wurde die schwächere Abnahme im Juni wieder wettgemacht — und ebenso bei den stellensuchenden Bekleiderungsarbeitern, deren Zahl im Juli bereits wieder abnahm, obwohl saisongemäß noch eine Zunahme zu erwarten war. Auch die Arbeitslosigkeit der Frauen insgesamt ging — worauf schon eingangs hingewiesen wurde — nach einer relativ schwächeren Abnahme im Juni wieder stärker zurück und unterschritt das Niveau des Jahres 1950. Die Gesamtarbeitslosigkeit liegt um 2.800 unter dem Julistand des Jahres 1951. Sie wird Ende September, unmittelbar vor dem saisonalen Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit, den Tiefstand des Jahres 1951, der 68.300 betrug, nur wenig unterschreiten.

Mit der Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven beginnt auch die Zahl der „im Beruf beschränkt Vermittlungsfähigen“, die sich sonst nur wenig ändert, stärker abzunehmen. Sie liegt bei den Männern seit September 1954 dauernd — mit einer einzigen Ausnahme im März 1955 — unter dem Niveau des Vorjahres; bei den Frauen ist sie allerdings noch immer etwas höher. Im II. Quartal 1955 sank die Zahl der Männer um 10.400 gegen 6.400 im II. Quartal 1954, bei den Frauen betrug die Abnahme im gleichen Zeitraum 1.500 gegen 800 im Vorjahr. Mitte 1955 gab

Die Abnahme der vorgemerkten Stellensuchenden in einigen Berufsklassen im Mai, Juni und Juli

Berufsklassen	Veränderung gegenüber dem Vormonat im					
	Mai 1955		Juni 1955		Juli 1955 ¹⁾	
	Zu- bzw. Abnahme	in % der Abnahme i. Vorj.	Zu- bzw. Abnahme	in % der Abnahme i. Vorj.	Zu- bzw. Abnahme	in % der Abnahme i. Vorj.
Bauarbeiter	- 9.923	63'8	- 1.924	31'7	- 649	23'2
davon						
Baufacharbeiter ...	- 4.830	57'9	- 633	27'2	- 219	23'4
Bauhilfsarbeiter ...	- 5.093	70'6	- 1.291	34'6	- 430	23'1
Metallarbeiter	- 1.529	60'8	- 763	28'1	- 321	19'4
Holzarbeiter	- 1.290	58'2	- 407	29'0	- 147	16'5
Textilarbeiter	- 704	104'6	- 685	108'2	- 674	67'1
Bekleidungsarbeiter ..	- 1.877	497'9	+ 797	318'8	- 211	—
Gastgewerbliche Arbeiter	- 2.672	144'5	- 1.961	85'8	- 570	69'9
Hilfsarbeiter wechsell. der Art	- 1.787	150'8	- 807	73'2	- 808	150'7
Übrige	-13.680	109'3	- 4.903	61'3	-1.594	44'9
Männer	-23.601	74'9	- 5.736	36'5	-1.576	19'7
Frauen	- 9.861	183'9	- 4.917	79'1	-3.395	127'5
Zusammen	-33.462	90'7	-10.653	48'5	-4.971	46'7
Ohne Bauarbeiter	-23.539	110'4	- 8.729	54'9	-4.322	55'0

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen.

es 15.000 „im Beruf beschränkt vermittlungsfähige“ Männer und 11.200 Frauen, um 3.400 weniger bzw. um 900 mehr als Mitte 1954. Von der Abnahme der männlichen Stellensuchenden im Juni 1955 entfielen mehr als ein Viertel auf „im Beruf beschränkt Vermittlungsfähige“, von der Abnahme der weiblichen Stellensuchenden weniger als 10%. Ende Juni gab es nur noch 11.945 voll einsatzfähige arbeitslose Männer, (Ende Mai: 16.008), darunter 1.223 (2.325) Bauarbeiter, 1.050 (1.377) Metallarbeiter, 379 (667) Holzarbeiter und 124 (254) Steinarbeiter.

Regionale Sonderentwicklungen, wie sie im Gefolge des Staatsvertrages und des Abzuges der Besatzungstruppen zu erwarten sind, lassen sich an Hand der bisher vorliegenden Arbeitsmarktzahlen noch nicht feststellen. Auch sind die Veränderungen im Juli bereits so gering, daß Zufallsschwankungen eine Rolle spielen können. So ist z. B. die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich, obwohl sich das Stellenangebot im Juli relativ gut entwickelte, besonders wenig gesunken. In Salzburg hingegen nahm die Arbeitslosigkeit sogar stärker ab als im Vorjahr, obwohl die Zahl der vorgemerkten Bauarbeiter und der Gaststättenarbeiter nicht mehr wie im Juli früherer Jahre fiel, sondern stationär blieb. (Es handelt sich allerdings um absolut ganz kleine Zahlen.)

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Die Verkehrsleistungen im Güterverkehr der Bundesbahnen erhöhten sich im Juni stärker als saisonüblich zu erwarten war. Die Zahl der netto-t-km nahm von 621'7 Mill. auf 625'9 Mill., die monatlichen Wagenstellungen von 165.176 auf 176.507

(+ 6'9%) zu. Je Arbeitstag wurden 7.060 Wagen gestellt, dies ist, abgesehen von den Monaten Oktober und November 1954, die höchste Leistung je Arbeitstag seit 1951. Der Wagenbedarf stieg vor allem für Kohle-, Baustoff-, Kunstdünger- und Nahrungsmitteltransporte. Die Baustofftransporte erreichten mit 30.541 Wagen eine neue Rekordhöhe. Die Zementtransporte blieben auf der Höhe des Vormonates, da die Werke die Leistungsgrenze erreicht haben.

Gegenüber Juni 1954 stiegen die netto-t-km um 20'5%, die Wagenstellungen um 15'0%; die Transporte von Kohle, Koks, Baustoffe, Eisen, Kunstdünger, Papier nahmen am stärksten zu.

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Juni 1955	Veränderung in % (+ bzw. —)		Arbeits- tag gegen Vormonat
		Monatsergebnis Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt	176.507	+14'9	+ 6'9	+2'6
davon				
Kohle, Koks	23.686	+25'9	+ 7'6	+3'2
Holz	23.963	+ 5'2	+ 5'7	+1'5
Baustoffe	30.541	+21'4	+ 8'8	+4'4
Eisen	11.771	+21'0	+ 7'0	+2'8
Papier	6.059	+ 8'2	+ 6'7	+2'1
Erze	7.472	+ 0'5	+ 4'1	±0'0
Kunstdünger	2.848	+14'7	+ 9'2	+4'6
Nahrungsmittel	7.013	-12'2	+12'9	+8'5
Stückgut	27.094	+ 5'6	+ 2'7	-1'5
Sammelgut	5.103	+16'9	+ 8'6	+4'1
Zuckerrüben	3	—	—	—
Andere	30.954	+31'0	+ 8'1	+3'8

Die Wagenlage war dank Verwendung von Fremdwagen befriedigend. Der tägliche Wagenbedarf auf den Vollspurbahnen in Höhe von 7.127 Stück konnte zu 96'4% (6.867 Wagen) gedeckt werden. Die steigende Nachfrage von 6.158 Wagen im Jänner nach 7.127 im Juni (je Arbeitstag) war überhaupt nur durch Einsatz von 1.200 Fremdwagen (17'2% der gesamten Vollspurwagenstellung) zu befriedigen. Dadurch erhöhte sich allerdings die Wagenmiete allein im I. Quartal 1955 um 441.439 Goldfranken. Durch Neubauten kamen lediglich 455 Wagen hinzu.

Die Wagenlage dürfte sich in den nächsten Monaten erheblich verschärfen, da die Besatzungsmächte gerade während des starken Herbstverkehrs für den Abtransport von Truppen und Material Transportraum benötigen. Die Zuckerauslieferung ist daher bereits behindert. Der Spitzenbedarf wird auf 800 bis 900 Wagen pro Tag geschätzt, wobei sich insbesondere der Engpaß für lange Flachwagen weiter verschärfen wird. Die Bundesbahn hat bereits zur beschleunigten Entladung aufgerufen, wenn eine Erhöhung der Wagenstandsgebühr vermieden werden soll.

Der Gesamtbestand an ÖBB-Güterwagen belief sich Ende Mai 1955 auf 30.180 Wagen, davon waren 10.577 gedeckte, 16.338 hochbordige und 3.265 sonstige Wagen. Man rechnet, daß bis zu einem Viertel des Bestandes für Truppentransporte in Anspruch genommen werden, ohne daß Fremdwagen gemietet werden können. Es ist gelungen, die Masse der bisher sowjetisch verwalteten *Kesselwagen* (2.750 Stück) für Österreich zu sichern.

Im *Personenverkehr* der ÖBB wurden im Juni 5,53 Mill. Fahrkarten verkauft, d. s. 3,5% mehr als im Mai und ebensoviel wie im Juni 1954. Berücksichtigt man, daß die Pfingstfeiertage im Jahre 1954 in den Monat Juni fielen und daß die Witterungsverhältnisse im Juni dieses Jahres sehr schlecht waren, muß die Frequenz als sehr gut bezeichnet werden.

Im *Straßenverkehr* wurden von Bahn und Post im Überlandverkehr 6,3 Mill. Personen befördert gegen 6,9 Mill. im Vorjahr und 7,6 Mill. im Mai 1955.

Die *Zulassungen fabriksneuer Kraftfahrzeuge* und Anhänger waren im Juni mit 12.658 Einheiten etwas geringer als im Mai, aber um 70% höher als im Juni 1954. Von der Zunahme gegenüber dem Vorjahr (+5.218 Einheiten) entfielen 47% auf Personenkraftwagen, 42% auf Motorräder und 11% auf alle anderen Fahrzeugkategorien.

Der *Schiffsverkehr* auf der Donau erreichte im Juni 211.677 t, 10,8% weniger als im Mai. Davon wurden durch die österreichische Schifffahrt 117.099 t (55,3%), die jugoslawische 20,9% und die deutsche 16,3% befördert, der Rest vorwiegend durch ungarische Schiffe. Die Transporte von und nach den Südostländern stiegen von 53.147 t im Mai auf 67.404 t im Juni; davon entfielen aber 56.702 t auf den Transit, an dem Österreich mit 26% beteiligt war. Der Verkehr zwischen Österreich und dem Südosten verblieb auf dem niederen Niveau der Vormonate. Das Quotenabkommen mit Rumänien wird sich erst allmählich auswirken; vorläufig liefern die südosteuropäischen Geschäftspartner immer noch cif oder kaufen fob österreichische Grenze bzw. Wien. Auch die österreichischen Importeure und Exporteure gehen nur ungern von dieser Usance ab, die für sie (speziell im Import) die Manipulation erleichtert. Die Schifffahrt erwartet sich aber neue Möglichkeiten im Verkehr mit der Sowjetunion.

Im *Flugverkehr* stieg die Zahl der beförderten Personen von 13.284 auf 17.894 im Juni, davon 2.155 durchreisende Passagiere. Die beginnende Sommersaison belebte vor allem die Frequenz der Flughäfen in den Bundesländern. So entfielen vom Österreichverkehr (ohne Transit) im Mai 1.097 Passagiere

(9,6% vom Gesamtverkehr), im Juni aber 3.623 (23,0%) auf die Bundesländer. Die Frequenz stieg in den Wiener Flughäfen nur um 17,8%, in den übrigen aber um 230,3%. Die Steigerung war in Innsbruck (+481,5%) und Klagenfurt (+293,6%) am stärksten.

Der *Luftfrachtverkehr* von und nach Österreich nahm von 87.314 kg auf 108.634 kg (+24,4%) zu, der Transitverkehr erhöhte sich um 8.066 kg auf 44.249 kg.

Der *Fremdenverkehr* belebte sich von Mai auf Juni prozentuell etwas schwächer als im Vorjahr (88% gegen 98%). Die Zahl der Übernachtungen war aber mit 2,37 Millionen um 12,3% höher als 1954, der Ausländerverkehr stieg um 24,4%, der Inländerverkehr blieb praktisch unverändert (+0,4%). Im Grenzverkehr wurden 1,52 Mill. einreisende Ausländer gezählt, 9,5% mehr als im Vorjahr. Die Deviseneinnahmen betrugen 264,8 Mill. S und nahmen gegenüber Mai (100,1 Mill. S) erheblich stärker zu als die Frequenz (165% gegen 88%). Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Einnahmen aber nur um 3,8%. Die Reise-Devisenausgaben beliefen sich im Juni auf 56,8 Mill. S (1954: 43,4 Mill. S), so daß sich ein Saldo von 207,9 Mill. S ergab.

Das *Halbjahresergebnis* von Verkehr und Fremdenverkehr zeigt in allen Sparten eine Leistungssteigerung gegenüber dem Vorjahr. Im Güterverkehr ermöglichte die günstige konjunkturelle Lage allen vier Verkehrsträgern (Bahn, Schifffahrt, Straße und Luftverkehr) eine teils beträchtliche Steigerung ihrer Transportleistungen. Die Zahl der netto-t-km im Bahnverkehr erhöhte sich um 21%, die beförderten Güter der Schifffahrt um 48%, wobei aber der Transportausfall durch die Witterung des Vorjahres zu berücksichtigen ist. Im Straßenverkehr sind auf Grund der Lageberichte und der um 24% höheren Zahl von Lastkraftwagen-Neuzulassungen die Leistungen ebenfalls beträchtlich gestiegen.

Der Personenverkehr entwickelte sich nicht so günstig. Die Zunahme war im Bahnverkehr mit 4,5% am schwächsten, doch gibt die Zahl der verkauften Karten kein genaues Bild der Entwicklung. Der Straßenverkehr beförderte um 10%, der Luftverkehr um 14,4% mehr Personen.

Den stärksten Auftrieb erfuhr der private Straßenverkehr durch Personenkraftwagen und Motorräder. Die Zunahme der Neuzulassungen übertrifft alle bisherigen Ergebnisse und muß den Personenverkehr auf Bahn- und Omnibuslinien beeinträchtigen.

Im *Fremdenverkehr* hielt der steigende Trend weiter an. Die Zunahme der Übernachtungen um 15% ist in erster Linie durch den Ausländerverkehr (+26%) bedingt. Leider verliefen die *Deviseneinnahmen* gegenläufig und waren um 3% geringer als im Vorjahr. Unter den Ursachen für diesen Rückgang dürfte die Mitnahme von Schillingbeträgen durch Ausländer bei der Einreise nach Österreich wohl entscheidend sein. Da die Devisenausgänge um 24,3% stiegen (von 151,9 Mill. S auf 188,7 Mill. S), nahm der Saldo um 10% ab.

Entwicklung von Verkehr und Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1955

	1. Halbjahr 1954	1955	1955 in % von 1954
Güterwagen			
Bahn			
netto- <i>-km</i> (Mill.)	3.091'0	3.735'0	120'8
Wagenstellungen (in 1.000 St)	864'8	957'6	110'7
Schiffahrt			
Beförd. Tonnen (in 1.000)	948'6	1.399'0	147'8
dav. Transit (in 1.000 St)	150'0	220'8	147'2
Personenverkehr			
Bahn			
Verk. Karten (Mill. St)	28'9	30'2	104'5
Straßenverkehr			
Bef. Personen (Mill.)	61'5	67'5 ¹⁾	109'8
Luftverkehr (in 1.000 St)	36'7	42'0	114'4
Neuzulassungen von			
Kraftfahrzeugen (in 1.000 St) ²⁾	40'4	65'8	162'9
dav. Pkw (in 1.000 St)	8'7	21'7	249'4
dav. Lkw (in 1.000 St)	3'6	4'5	124'4
Fremdenverkehr			
Übernachtungen (in 1.000 Pers.) ..	6.996'7	8.063'7	115'3
dav. Ausländer („ 1.000 „) ..	3.211'5	4.041'5	125'8
„ Inländer („ 1.000 „) ..	3.785'2	4.021'2	106'2
Einreisende Ausländer („ 1.000 „) ..	3.609'5	4.619'6	127'9
Deviseneinnahmen (Mill. S)	766'0	741'4	96'8
Devisensaldo (Mill. S)	614'2	552'9	90'0

¹⁾ Der private Linienverkehr wurde für Juni 1955 mit 3'4 Mill. geschätzt. — ²⁾ Ohne Transit. — ³⁾ Ohne Anhänger.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Nach dem Rückgang im April und Mai stieg die *Einfuhr* im Juni wieder um 81 Mill. S auf 1.841 Mill. S. Die ERP-Importe, die schon in den Vormonaten unbedeutend waren, beschränkten sich auf Maschinenlieferungen im Werte von 450.000 S. Die *Ausfuhr* stieg im Juni neuerlich um 46 Mill. S auf 1.519 Mill. S. Sie blieb damit nur um 0'50% unter dem Rekordwert vom Dezember 1954. Auch das Ausfuhrvolumen (197% von 1937) war nur im Dezember des Vorjahres um 50% übertroffen worden.

Die starke Zunahme der Einfuhr ließ das Defizit in der *Handelsbilanz* im Juni wieder steigen. Es betrug 322 Mill. S gegen 287 Mill. S im Mai, war aber geringer als im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1955 (417 Mill. S). Die künftige Entwicklung der Handelsbilanz wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst werden. Auf der einen Seite wird die Ausweitung der *Liberalisierung* die Handelsbilanz belasten. Der Liberalisierungssatz gegenüber OEEC-Staaten wurde ab 1. Juli um 1'4% erhöht und beträgt nunmehr 83'50%. Neu liberalisiert wurden hauptsächlich verschiedene Chemikalien und Investitionsgüter, aber fast keine Konsumgüter. Außerdem wurde mit der Dollarliberalisierung begonnen. Ab 15. Juni können 7'70% (bei Agrarprodukten 3'30%, bei Rohstoffen 16'60% und bei Industrieprodukten 10'70%) der im Jahre 1953 aus dem Dollargebiet eingeführten Waren ohne Einfuhrbewilligung aus den Vereinigten Staaten

und ihren Überseegebieten, aus Kanada und aus Newfoundland bezogen werden.

Die Bedeutung der Dollarliberalisierung darf allerdings nicht überschätzt werden. Einfuhrgenehmigungen für die jetzt liberalisierten Waren waren schon seit Jahresbeginn verhältnismäßig leicht erhältlich und viele Dollarwaren konnten indirekt — über EZU-Staaten — bezogen werden. Immerhin könnten aus der Dollarliberalisierung erhöhte Devisenanforderungen an die Notenbank erwachsen, in einem Zeitpunkt, in dem die Dollarbilanz ohnehin durch den Ausfall der Besatzungskostendevisen und durch die *Neuregelung der EZU-Abrechnung* belastet wird. Während bisher nur die Hälfte der monatlichen Abrechnungssalden in der EZU in Gold oder Dollar beglichen werden mußte und die Hälfte kreditiert wurde, beschlossen die Teilnehmerstaaten anlässlich der Verlängerung der EZU um ein Jahr die Goldquote ab 1. August 1955 auf 75% zu erhöhen. Für Österreich werden dadurch größere Gold- oder Dollarzahllungen notwendig werden, falls der Zahlungsverkehr mit der EZU passiv bleibt (im 1. Halbjahr 1955 mußte Österreich 38 Mill. \$ an die EZU abführen; nach dem neuen Verrechnungsmodus wären es aber 57 Mill. \$ gewesen).

Auf der anderen Seite werden die von der österreichischen Regierung eingeleiteten konjunkturdämpfenden Maßnahmen zweifellos die Nachfrage nach Importgütern drosseln. Ebenso könnte die Zollpolitik die Handelsbilanz entlasten. Anlässlich der Verlängerung der *GATT-Zölle* bis Ende 1957 wurde beschlossen, daß einzelne GATT-Zölle im Verhandlungsweg modifiziert werden können. Von dieser Möglichkeit hat Österreich Gebrauch gemacht und 128 Zollpositionen, darunter Textilien, Maschinen und Apparate, Medikamente und verschiedene Verbrauchsgüter gekündigt. Eine etwaige Erhöhung dieser Zölle würde die Einfuhr erschweren und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produzenten verbessern.

Schließlich werden die *Wirtschaftsverhandlungen von Moskau* den Außenhandel nachhaltig beeinflussen. Ab 1. September 1955 wird Österreich sechs Jahre hindurch Waren im Werte von 650 Mill. S jährlich als Ablöse für die USIA-Betriebe an Rußland liefern. Die Warenliste umfaßt Erdöl, Bleche, Kabel, Nitrolacke, verschiedene Erzeugnisse der eisenverarbeitenden Industrie und Kunstseidengarne. Außerdem gelang es der österreichischen Delegation in bescheidenem Umfang auch Konsumgüter (Schuhe und Kunstseidengewebe) auf der Warenliste unterzubringen. Zu der Ablöse für die USIA-Betriebe kommen weiters Erdöllieferungen von 1 Mill. t jährlich für die SMV-Betriebe und kommerzielle Exporte

auf Grund eines zunächst auf fünf Jahre berechneten Handels- und Zahlungsabkommens mit der Sowjetunion. Der kommerzielle Warenaustausch soll im ersten Jahr 650 Mill. S erreichen. Österreich wird u. a. verschiedene Maschinen, Fahrzeuge, Eisen- und Metallwaren, Erdölprodukte, Schafwollgarne und Leder liefern und dafür Getreide, Kohle, Metalle, Baumwolle und verschiedene andere Rohstoffe und Fertigwaren erhalten. Die Exportliste enthält meist Waren, die bereits bisher von den unter russischer Kontrolle stehenden Betrieben nach dem Osten exportiert wurden.

Die Reparationslieferungen und der kommerzielle Warenverkehr mit der Sowjetunion werden das statistisch erfaßte Außenhandelsvolumen merklich erhöhen. Wenn man annimmt, daß die Reparationen ausschließlich in Warenlieferungen erfolgen — bekanntlich sieht der Vertrag auch die Möglichkeit von Dollarzahlungen vor — und das im Handelsvertrag vereinbarte Austauschvolumen tatsächlich erreicht wird, dann wird der statistisch erfaßte Gesamtexport um 1,8 Mrd. S oder 11%¹⁾ und die statistisch erfaßte Einfuhr um 650 Mill. S oder 3%¹⁾ steigen. Gleichzeitig wird sich die Außenhandelsstruktur zugunsten der Oststaaten verschieben. Die zu erwartenden Veränderungen in der Außenhandelsstatistik sind allerdings vorwiegend statistischer Natur, da die USIA- und SMV-Betriebe bereits bisher einen regen Warenaustausch mit dem Osten pflegten, der sich annähernd in der gleichen Größenordnung bewegt haben dürfte (nach vorsichtigen Schätzungen haben allein die USIA-Betriebe — ohne die SMV-Betriebe — bisher Waren im Werte von 1 bis 1,3 Mrd. S jährlich nach Osten exportiert).

Die *Einfuhr* stieg im Juni bei allen Hauptgruppen. Bei den Halbfertigwaren wurde ein neuer Höhepunkt erreicht (insbesondere Chemikalien, Textilfabrikate und Kupfer wurden in größeren Mengen eingeführt) und, wenn man von den Maschinen und Verkehrsmitteln absieht, auch bei den Fertigwaren. Die Einfuhr aus Amerika war mit 146 Mill. S so wie im April wieder sehr hoch. Amerika steht damit trotz Auslaufens der ERP-Lieferungen an vierter (im April an dritter) Stelle unter Österreichs Lieferländern (hinter Westdeutschland, Großbritannien und Italien). Die Lieferungen aus den USA haben sich wahrscheinlich auch durch die Abmachungen über den Bezug amerikanischer Überschußkohle und agrarischer Überschußgüter (Mais, Tabak und Baum-

wolle im Werte von 5,9 Mill. Dollar) verstärkt. Diese Überschußgüter können in Schilling bezahlt bzw. durch Lieferungen an dritte Länder im Rahmen des amerikanischen Hilfsprogrammes abgedeckt werden.

Die *Ausfuhr* von Rohstoffen erreichte im Juni einen neuen Höchststand. Die Fertigwarenausfuhr hingegen blieb nicht nur hinter dem Dezemberresultat sondern auch um 17 Mill. S hinter dem Vormonat zurück. Die Steigerung der Rohstoffausfuhr ist auf verstärkte Zelluloselieferungen und vor allem auf die Lockerung der Holzexportrestriktionen zurückzuführen. Die Holzausfuhr stieg um 12 Mill. S auf den neuen (wertmäßigen) Höchststand von 330 Mill. S. Ihr Anteil am Gesamtexport hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert.

Der Anteil der Holzausfuhr am Gesamtexport

	1954	1955
		in %
Jänner	15,5	18,8
Februar	17,8	20,5
März	17,5	19,8
April	20,6	19,2
Mai	22,7	21,6
Juni	23,8	21,7
Juli	22,2	
August	21,7	
September	20,3	
Oktober	20,2	
November	19,4	
Dezember	18,8	

Der Rückgang des Fertigwarenexportes betrifft vor allem Papier, Textilwaren, elektrotechnische Ausrüstungen und Verkehrsmittel. Durch die gegenläufige Entwicklung von Rohstoff- und Fertigwarenausfuhr sank der Anteil der Fertigwaren am Gesamtexport, der seit September 1954 allmonatlich 43 bis 45% betragen hatte, im Juni auf 40%. Die Bilanz des Außenhandels mit Fertigwaren erreichte im Juni mit 80 Mill. S ihr bisher größtes Passivum. Wenn die Tendenzen der letzten Monate anhalten, wird der österreichische Außenhandel im Jahre 1955 erstmals mit einem Einfuhrüberschuß an Fertigwaren abschließen. (Im 1. Halbjahr ergab sich noch ein Ausfuhrüberschuß von 31 Mill. S, gegen 1.691 Mill. S im ganzen Jahr 1954 und 2.434 Mill. S im Jahre 1953.) Die drastische Änderung im Außenhandel mit Fertigwaren geht zum Teil auf die starke Einfuhrsteigerung von Fertigwaren im Gefolge der Liberalisierung zurück, mit der die Fertigwarenexporte nicht Schritt halten konnten. Außerdem hat der lebhafteste Investitions- und Motorisierungsboom die Einfuhr gefördert. Schaltet man Maschinen und Verkehrsmittel aus, so zeigt der Außenhandel mit Fertigwaren einen anhaltend hohen Überschuß, der erst in den letzten beiden Monaten stärker zurückgegangen ist.

¹⁾ Berechnet auf Grund des Ergebnisses des 1. Halbjahres 1955.

Bilanz des Außenhandels mit Fertigwaren

	Fertigwaren insgesamt Ausfuhrüberschuß (+) oder Einfuhrüberschuß (—) in Mill. S	Fertigwaren ohne Maschinen und Verkehrsmittel Einfuhrüberschuß (—) in Mill. S
1953 Ø	+203	+237
1954 Ø	+141	+254
1954 Juli	+134	+251
August	+127	+220
September	+164	+251
Oktober	+132	+291
November	+39	+229
Dezember	— 60	+279
1955 Jänner	+62	+218
Februar	+100	+229
März	— 33	+221
April	+7	+221
Mai	— 25	+202
Juni	— 80	+172

Im II. Quartal 1954 hat sich die Handelsbilanz erstmals seit dem Sommer des Vorjahres verbessert. Die Einfuhr ging im Vergleich zum Vorquartal neuerlich etwas zurück und war mit 5'4 Mrd. S um 0'3% niedriger als im I. Quartal dieses Jahres und um 1'7% niedriger als zur Zeit ihres Höhepunktes im

letzten Quartal des Vorjahres. Die Ausfuhr hingegen stieg im II. Quartal und erreichte ihren höchsten Vierteljahreswert. Mit 4'4 Mrd. S war sie um 9'4% größer als im Vorquartal und überstieg ihren bisherigen Höchststand (IV. Quartal 1954) um 2'4%. Das Handelsbilanzdefizit betrug daher im II. Quartal nur mehr 1.007 Mill. S, verglichen mit 1.401 Mill. S im I. Quartal und 1.207 Mill. S im letzten Quartal des Vorjahres.

Ein Vergleich mit dem II. Quartal des Vorjahres ergibt allerdings ein ganz anderes Bild. Infolge der Liberalisierung und des Konjunkturaufschwunges ist die Einfuhr binnen Jahresfrist um 40'3%, die Ausfuhr aber nur um 11% gestiegen, an die Stelle eines Ausfuhrüberschusses von 109 Mill. S im Vorjahresquartal trat ein weitaus höherer Einfuhrüberschuß.

Ein- und Ausfuhr

	1.000 \$ Einfuhr	Mill. S	1.000 \$ Ausfuhr	Mill. S
1954 II. Quartal	1.782	3.849	1.413	3.958
1955 I. Quartal	2.575	5.414	1.347	4.013
II. Quartal	2.326	5.399	1.370	4.392

Die Frachtbelastung der österreichischen Importe

Die Zahlungsbilanz wird in der Regel in eine Waren- und in eine Dienstleistungsbilanz gegliedert. Die Trennung von Waren und Dienstleistungen ist jedoch insofern meist ungenau durchgeführt, als auch die Warenbilanz gewisse Dienstleistungen enthält. Die Außenhandelsstatistiken rechnen den Import- und Exportwaren jenen Wert zu, den sie bei Grenzübertritt haben. Das Entgelt für Frachtleistungen und für Versicherungen ist daher mit inbegriffen. Überdies wird die Warenbilanz dadurch verzerrt, daß die Frachstrecke der Importwaren bis zur Grenze meist länger ist als die der Exportwaren.

Um die Warenbilanz bereinigen und entzerren zu können, muß man somit die Belastung der Importe mit Frachtkosten feststellen. Da die vorliegenden Schätzungen auf wenig verlässlichen Unterlagen beruhen, hat das Institut selbst Berechnungen durchgeführt. Es wurden die Frachtspesen von 33 wichtigen Importwaren und Warengruppen für verschiedene Frachtrelationen (aus typischen Bezugsländern)

ermittelt und damit die Grundlage für eine genauere Schätzung geschaffen.

Diese Schätzung, die sowohl die warenmäßige wie die geographische Struktur der Einfuhr berücksichtigt, ergibt für das Jahr 1954 einen Frachtkostenbetrag (einschließlich Umschlaggebühren) von 1.475 Mill. S. Rechnet man auch die Versicherungsspesen hinzu, so erhöht sich der Betrag auf 1'5 Mrd. S oder 9% der Einfuhr. Damit scheint die Faustregel, nach der die Europäische Wirtschaftskommission der UNO bei europäischen Importen 10% vom Importwert für Fracht und Versicherung abzieht, um die Importe auf fob-Basis zu reduzieren, für Österreich ungefähr zuzutreffen. Der Prozentsatz würde sich allerdings ändern, wenn die Frachtsätze erhöht oder gesenkt werden und wenn sich die Waren- oder die geographische Struktur verschiebt.

In der folgenden detaillierteren Darstellung muß auf die Versicherungskosten verzichtet werden, da sie nicht weiter aufgegliedert werden können. Ihr Anteil